

Johanna Diehl, Joëlle Ernst,
Catherine Gotschy, Ulrike Pingel



EHRENAMTLICHE FLÜCHTLINGSARBEIT IM WANDEL – TÄTIGKEITSPROFILE, BEDARFE UND KOORDINIERUNGSFORMEN.

Eine Studie zur Situation in Rheinland-Pfalz

Gefördert von:



RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR FAMILIE,
FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION
UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Inhalt

1	Zusammenfassung.....	3
2	Ausgangslage.....	6
3	Ziele der Studie.....	8
4	Forschungsansätze.....	9
4.1	Vorgehensweise.....	9
4.2	Qualitative Datenerhebung.....	10
4.3	Quantitative Datenerhebung.....	12
5	Datenauswertung.....	13
5.1	Qualitative Auswertung.....	13
5.2	Quantitative Auswertung.....	13
6	Forschungsergebnisse.....	14
6.1	Veränderung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit.....	15
6.1.1	Tätigkeiten im Wandel.....	15
6.1.2	Organisationsformen ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit.....	20
6.2	Bedarfe der Ehrenamtlichen.....	23
6.2.1	Motivationen.....	23
6.2.2	Konflikte und irritierende Ereignisse im Ehrenamt.....	28
6.2.3	Rahmenbedingungen.....	32
6.2.4	Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe.....	36
6.2.5	Wertschätzung und Anerkennung.....	39
6.3	Koordination.....	42
6.3.1	Koordinierungsstellen im Vergleich.....	42
6.3.2	Landesweite Koordinierungsstelle Rheinland-Pfalz „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“.....	44
6.3.3	Umsetzung von hauptamtlicher Koordination.....	46
7	Fazit.....	48
8	Handlungsempfehlungen.....	49
9	Quellen.....	52

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Altersverteilung der Befragten in der Online-Umfrage (Quelle: Befragung ehrenamtlich Aktive RLP 2019; eigene Darstellung)	14
Abbildung 2	Hauptbeschäftigung der Befragten in der Online-Umfrage (Quelle: Befragung ehrenamtlich Aktive RLP 2019; eigene Darstellung)	14
Abbildung 3	Darstellung des Engagementbeginns der Befragten nach gruppierten Jahreszahlen. (Quelle: Befragung ehrenamtlich Aktive RLP 2019; eigene Darstellung)	16
Abbildung 4	Motivationen der Befragten, sich in der Flüchtlingsarbeit zu engagieren (Quelle: Befragung ehrenamtlich Aktive RLP 2019; eigene Darstellung)	23
Abbildung 5	Die größten Herausforderungen der Befragten in ihrem Engagement (Quelle: Befragung ehrenamtlich Aktive RLP 2019; eigene Darstellung)	37

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Ausgewählte Koordinierungsstellen in vier Bundesländern für Experteninterviews	11
Tabelle 2: Top 5 Tätigkeiten im Vergleich zwischen aktuell und den Jahren 2015-16.....	17
Tabelle 3: Gruppierte Kategorien der Motivation der Befragten für ihr ehrenamtliches Engagement	25
Tabelle 4: Die drei größten Belastungen der Befragten in ihrem Engagement	37
Tabelle 5: Akteure, von denen sich die Befragten mehr Unterstützung wünschen	39
Tabelle 6: Nutzung der Angebote der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge RLP“ durch die Ehrenamtlichen	45
Tabelle 7: Regionale Verteilung der Angebotsnutzung	45

1 Zusammenfassung

Die vorliegende Studie wurde vom *Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz* vor dem Hintergrund der aktuellen Veränderungen im Bereich der (ehrenamtlichen) Flüchtlingsarbeit in Auftrag gegeben. Ziel ist es, einen fundierten Überblick über die Arbeitsformen und -inhalte, Motivationen und Herausforderungen der in Rheinland-Pfalz ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagierten Menschen zu geben. Dadurch sollen Informationen für die Weiterentwicklung der Unterstützungsstrukturen für das Ehrenamt hinsichtlich der nun stärker in den Vordergrund tretenden Integrationsarbeit gewonnen werden. Neben qualitativen Interviews mit sechs Ehrenamtlichen, drei Vereinen und den Koordinierungsstellen für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit in vier anderen Bundesländern wurde eine quantitative Online-Befragung von Ehrenamtlichen in Rheinland-Pfalz durchgeführt. Neben der Berücksichtigung von Diskussionssträngen, die im Rahmen des vom Integrationsministerium veranstalteten Fachtags „*Strukturen und Maßnahmen für eine nachhaltige ehrenamtliche Integrationsarbeit*“ vertieft wurden, wurden einschlägige Studien herangezogen und mit den eigenen Erhebungen abgeglichen.

Es zeigt sich über den **Wandel der Tätigkeiten (6.1.1)**, die die Ehrenamtlichen ausüben, und ihrer **Organisationsformen (6.1.2)** der zuvor vermutete Übergang von der Notversorgung hin zur strukturell angelegten und langfristigen Integrationsarbeit entlang der Bedarfe der Flüchtlinge, der auch von einem Rückgang der ehrenamtlich Aktiven begleitet wird. Verbunden damit ist zudem ein höherer zeitlicher und bürokratischer Aufwand, der für die meisten gleichzeitig die **größte Herausforderung (6.2.4)** (73 %) und Belastung (66 %) darstellt. Daneben wird häufig angemerkt, dass der Umgang von Behörden und Verwaltungen wenig gleichberechtigt und wertschätzend mit Ehrenamtlichen und Flüchtlingen ist. Entsprechend besteht der Wunsch nach stärkerer **Unterstützung (6.2.4)** von Seiten der Kommunen, Jobcenter und Ausländerbehörden. Hinzukommen die Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre, die für Ehrenamtliche belastend sind und deshalb demotivierend wirken.

Bezüglich der Tätigkeiten bringen sich die Ehrenamtlichen nach wie vor am häufigsten bei der Unterstützung von Flüchtlingen im Alltag und bei Behördengängen ein. An dritter Stelle folgt aktuell die Unterstützung bei der Arbeitssuche, wo 2015/16 noch die Notversorgung von Flüchtlingen vordergründig war. Die Vielfältigkeit der Tätigkeiten zeigt außerdem einen zunehmenden Differenzierungs- und Individualisierungsprozess. Es ist daher unerlässlich, die Perspektive der neuzugewanderten Ehrenamtlichen maßgebend miteinzubeziehen. Dadurch wird ein typischer und schwerwiegender Fehler, die Betroffenen zu bevormunden, vermieden und es kann besser gelingen, Strukturen zur aktiven und wirkungsvollen Teilhabe einzurichten. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang auch, eine Erweiterung der Zielgruppe anzustreben und in diesem Sinne die Angebote themen- statt wie bisher zielgruppenspezifisch aufzustellen.

Der Übergang in die langfristige Integrationsarbeit lässt sich auf der Ebene der Organisationsformen besonders an der Konsolidierungsphase ablesen, in der sich die vielen Gruppen, Initiativen und Vereine seit 2017 befinden. Die sich hier abzeichnenden Veränderungen reichen von völliger Auflösung über eine Spezifizierung und Fokussierung der ehrenamtlichen Tätigkeiten hin zur Verstetigung der Strukturen (z.B. über Vereinsgründungen). Dabei wird in den Interviews durchweg betont, dass es einen Vereinfachungsprozess aber auch beratende Unterstützung braucht, insbesondere hinsichtlich Vereinsgründungen und Finanzierungs- und Erstattungsanträgen, da derzeit ein deutliches Missverhältnis zwischen bürokratischem Aufwand und möglichen Förderungssummen besteht.

Als **stärkste Motive (6.2.1)** für die Entscheidung sich ehrenamtlich im Bereich der Flüchtlingsarbeit zu engagieren, wurde angegeben, dass die Tätigkeit als sinnvoll empfunden wird (96,9%), dass es ein Anliegen ist, einen Beitrag zur Integration zu leisten (95 %) sowie dass die Flüchtlinge dringend Hilfe gebraucht haben und weiterhin brauchen (94 %).

Was im Kontrast zum Ehrenamt und seinem Prinzip der Freiwilligkeit steht, ist das Gefühl eines Großteils der Befragten (81 %), dass die Dringlichkeit der Hilfe sie praktisch verpflichtete ehrenamtlich aufzufangen, was anders nicht bewältigt wurde. Dies trägt dazu bei, dass sich Menschen in diesem Bereich engagieren, obwohl sie es nicht zwingend wollten. Ebenso darf auch für Neuzugewanderte keine Verpflichtung zum Engagement bestehen. Ihre Lebensumstände sind im Vergleich ungleich prekärer und ein Ehrenamt findet für sie deshalb oft unter erschwerten Rahmenbedingungen statt. Die Attraktivität des Ehrenamts hängt (nicht nur) für Flüchtlinge ab von der Möglichkeit, sich (selbst)gestaltend und gleichberechtigt einbringen zu können, vom guten Zugang zu Informationen über etwaige Ehrenamtsgelegenheiten auch auf anderen Sprachen, von positiven Rückmeldungen aus dem unmittelbaren Umfeld sowie der Abwesenheit von Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen und dem Abbau der prekären Lebensbedingungen von Flüchtlingen.

In der Online-Umfrage gaben nur wenige Befragte an, dass **Konflikte (6.2.2)** im Ehrenamt auftreten. Trotzdem lassen sich unterschwellige Konflikte im Datenmaterial an den unterschiedlichen Erwartungshaltungen an das Betreuungsverhältnis erkennen. Obwohl das Ziel, die Autonomie der Flüchtlinge immer im Vordergrund stehen sollte, läuft diesem häufig die Gefahr der gegenseitigen Vereinnahmung (Anpassungserwartung und paternalistische Rolle; Einforderung intensivster Einzelbetreuung) zuwider. Dies kann Frust aufgrund gegenseitig unerfüllter Erwartungen und mitunter Konflikte auslösen. Auch dafür braucht es verlässliche hauptamtliche Begleitstrukturen vor Ort.

Wie für bürgerschaftliches Engagement insgesamt, sind die **Rahmenbedingungen (6.2.3)**, welche Engagement in der Flüchtlingsarbeit begünstigen, folgende: leicht zugängliche soziale Orte; langfristig gesicherte Finanzierung/ Wissen über Finanzierungsmöglichkeiten; aktive Schlüsselpersonen sowie lokale und überregionale Vernetzung (Dieckmann und Eckes 2019: 20f). Insbesondere an niedrigschwellig zugänglichen sozialen Orten bestehen größere Chancen auf Begegnung auf Augenhöhe und Abbau von Vorurteilen. Obwohl z.T. schon vom Land gefördert, gestaltet sich in diesem Zusammenhang konkret die Raumsuche und weitere längerfristige Finanzierung besonders schwer.

Unter den vielfältigen Vorstellungen von angemessenen **Anerkennungsformen (6.2.5)** ehrenamtlichen Engagements, die abhängig sind von der Motivation für das Ehrenamt, stehen der Wunsch nach guter Zusammenarbeit auf nächstgelegener Arbeitsebene, v.a. mit Hauptamtlichen und zweitens nach politischer Unterstützung besonders hervor. Wichtig ist, wie bereits angedeutet, dass ehrenamtliche Arbeit in der Flüchtlingshilfe nicht in Ermangelung staatlicher Regelversorgung ausgeübt wird, sondern für Ehrenamtliche dabei der Aspekt freiwilliger Ergänzung wieder mehr ins Zentrum rücken kann.

Im Vergleich mit anderen landesweiten **Koordinierungsformen (6.3.)** freiwilligen Engagements in der Flüchtlingshilfe wurde deutlich, dass der rheinland-pfälzische Weg der unabhängigen Anbindung an eine Lobbygruppe für Flüchtlingsbelange (Flüchtlingsrat) deutschlandweit weitgehend einzigartig ist. Dies birgt den großen Vorteil, dass ein hohes Maß an Expert*innenwissen über die Zielgruppe dieses Engagementbereichs bereits vorhanden ist. Erkennbar ist dies u.a. an der gelingenden professionellen Beratung und der sehr guten Angebotsnutzung von denjenigen, die die Stelle kennen (87 %). Damit

noch mehr Ehrenamtliche von diesen Angeboten profitieren können, wäre es gut, die derzeitige Bekanntheit unter den Ehrenamtlichen (42 %) weiter auszubauen.

Im Vergleich der fünf Bundesländer fallen die Hauptaufgaben sehr ähnlich aus und umfassen v.a. die Vernetzung der Ehrenamtlichen, Organisation und Bewerbung von Fortbildungen und Fachveranstaltungen, Beratung und Begleitung sowie Öffentlichkeitsarbeit und z.T. Publikationen und Verwaltung eigener Förderfonds.

An dieser Stelle geht ein ganz herzlicher Dank an die Ehrenamtskoordinierenden in Saarbrücken, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen und Rheinland-Pfalz und ganz besonders an alle ehrenamtlich aktiven Personen und Vereinsvertreter*innen, die sich die Zeit genommen und an der Studie teilgenommen haben.

2 Ausgangslage

„Die soziale Realität einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft entsteht, wenn sich Alteingesessene und Zugewanderte auf Augenhöhe und mit dem Ziel begegnen, gemeinsam Zukunft zu gestalten“

(Netzwerk Bürgerbeteiligung 2016: 2)

Betrachtet man die Entwicklung der ehrenamtlichen Arbeit bzw. des bürgerschaftlichen Engagements in den letzten Jahren, ist besonders im Jahr 2015 durch die Zunahme der Einwanderung von Flüchtlingen, eine Veränderung zu erkennen: Rapide stieg die Zahl ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer und Flüchtlingshelferinnen, es gründeten sich Vereine, (Willkommens-)Initiativen und ehrenamtliche Netzwerke, die sich besonders über die sozialen Medien organisierten, und durch Institutionen wie beispielsweise PRO AYSL unterstützt wurden. Dieses beschriebene Phänomen wird als Anfang einer breiten „sozialen Bewegung“ (Mutz et al. 2015: 1) bezeichnet, die sich nach und nach in ganz Deutschland durchsetzt und medial als ein neues Sinnbild von bisher nicht gekannter Hilfe, Zivilcourage und Engagement stark gemacht wird. Es ist die Rede von einer „Volksbewegung namens Willkommenskultur“ (ebd.) sowie von einer „bisher nicht gekannten Welle der Hilfsbereitschaft und des Engagements der Bürger und Bürgerinnen für geflüchtete Menschen“ (Klie und Klie 2018: 522). In den darauffolgenden Jahren konsolidieren sich die Initiativen und es verändern sich zunächst die Tätigkeiten der ehrenamtlich Engagierten und damit auch die Strukturen und Bedarfe.

Das Ministerium für Integration Rheinland-Pfalz hat im Mai 2019 das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism) beauftragt, eine Studie zur Situation des Ehrenamts in der Flüchtlingsarbeit in Rheinland-Pfalz durchzuführen. Hintergrund sind die Veränderungen, die in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in den vergangenen Jahren zu beobachten waren und teilweise noch weiter im Gange sind.

Wie hat sich das ehrenamtliche Engagement im Bereich der Flüchtlingshilfe bis heute verändert? Wie ist die Situation besonders in Rheinland-Pfalz? Welche Erkenntnisse aus der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit der letzten Jahre lassen sich für die rheinland-pfälzische Integrationsarbeit ziehen? Wie können zukünftige Ehrenamtsstrukturen gestaltet werden? Was sind die Bedarfe, Herausforderungen und Unterstützungswünsche der ehrenamtlich Aktiven in dem Bereich der Flüchtlingshilfe? Dies alles sind Fragen, denen sich die hier vorliegende Studie widmen wird.

Es lässt sich ohne Zweifel festhalten, dass das ehrenamtliche Engagement von Menschen mit und ohne eigene Migrations- und Fluchterfahrungen in der Flüchtlingsarbeit unerlässlich für die Integration von Geflüchteten war und ist, nicht nur bei der persönlichen Begleitung und Unterstützung, sondern auch in ihrer vermittelnden Rolle z.B. zur Verwaltung und bei Behördengängen sowie zum Teil als Sprachrohr gegenüber Politik und Medien. Nach dem Auf- und Ausbau von (bereits vorhandenen) Ehrenamtsstrukturen, die in der Flüchtlingsarbeit benötigt werden, ist es nun wichtig und sinnvoll, die Erkenntnisse aus der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit der letzten Jahre für die rheinland-pfälzische Integrationsarbeit insgesamt nutzbar zu machen. Die Betrachtung der aktuellen Situation der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe, ihrer Unterstützungsbedarfe und ihrer Herausforderungen und Grenzen, liefert Informationen für die Weiterentwicklung dieses Arbeitsfeldes.

Ziel dieses Abschlussberichtes ist es, die zentralen Erkenntnisse bzw. Ergebnisse der Studie zur Situation der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit in Rheinland-Pfalz zu präsentieren und zusätzlich die der Studie zugrundeliegenden Forschungsaktivitäten transparent und nachvollziehbar darzustellen.

Aus Zurückhaltung gegenüber den Interviewpartner*innen und aus Datenschutzgründen nennen wir bei Zitaten keine Namen.

Bei der Betrachtung von ehrenamtlichem Engagement verwenden wir die Begriffe Ehrenamt und Engagement synonym. Wir haben in unserer Betrachtung die Einbeziehung von Freiwilligendiensten ausgenommen, da diese zwar freiwillig aber dennoch weisungsgebunden innerhalb einer Trägerorganisation sind. Dennoch gehen wir davon aus, dass dies ein Instrument sein kann, das unter dem Aspekt der Förderung von Engagement und gesellschaftlicher Teilhabe für Neu-Zugewanderte genauere Betrachtung lohnt.

3 Ziele der Studie

Ziel der vorliegenden Studie ist es, Informationen über die Arbeit, Motivation und Herausforderungen der ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagierten Personen zu sammeln, mit dem Ziel sowohl Erkenntnisse zu gewinnen, um die zukünftige Strukturierung und Unterstützung für dieses Themenfeld steuern zu können, als auch Transparenz zu schaffen, um einen Dialog mit den beteiligten Akteur*innen zu ermöglichen. Die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe soll zukünftig stärker als Integrationsarbeit verstanden werden.

Zielgruppe der Untersuchungen sind die Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe sowie als Untergruppe ehrenamtlich für Geflüchtete engagierte Personen mit eigenem Flucht- bzw. Migrationshintergrund. Zur Informationsgewinnung über die Situation der Zielgruppe wurden als Datenquellen sowohl die Ehrenamtlichen selbst, wie auch Koordinierungsstellen mehrerer Bundesländer und Vereinsvertreter*innen ausgewählt.

Oft wird bei der Betrachtung des Ehrenamts vor allem an in Initiativen und Vereinen organisierte Ehrenamtliche gedacht. Nicht zu vergessen ist jedoch, dass es auch Engagement gibt, das gänzlich unabhängig von Institutionen stattfindet, bei dem Personen sich unentgeltlich um andere Menschen kümmern und Unterstützung bieten, ohne formal organisiert zu sein. Diese Personen sind in der Regel weniger sichtbar als größere Initiativen. Zudem ist diese Form des Engagements besonders häufig bei Neu-Zugewanderten und Menschen mit Migrationshintergrund zu finden. Bei der Steuerung dieses Themenfeldes ist es wichtig, diese beiden sehr unterschiedlichen Personengruppen gleichermaßen einzubeziehen.

Wir betrachten im Rahmen der Studie den Stand des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe in Rheinland-Pfalz. Wir nehmen insbesondere Bezug auf Rollendefinitionen, Motivationen und Herausforderungen der Ehrenamtlichen sowie angemessene Formen der Wertschätzung und der gelingenden Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamt. Darüber hinaus betrachten wir die Perspektive neuzugewanderter Engagierter mit Fokus auf zusätzliche Bedarfe, Herausforderungen und Gelingensfaktoren. Zudem geht es uns um die Betrachtung von Koordinierungsformen anderer Bundesländer auf Landesebene und möglichen Modellen und deren Übertragungsmöglichkeiten für Rheinland-Pfalz.

4 Forschungsansätze

Die Umsetzung der Studie orientierte sich an der vorgefundenen Ergebnislage und dem Erkenntnisinteresse des Auftraggebers. Für ein schlüssiges Gesamtbild sahen wir vor, Ehrenamtliche, Hauptamtliche, Koordinatoren, Zugewanderte und zivilgesellschaftliche Akteure in die Ergebnisfindung einzubeziehen. Darüber hinaus nahmen wir auch eine nach 2015 neugegründete Migrantenselbstorganisation mit in die Studie auf, um das Potential der Vereinsgründung als Form des zivilgesellschaftlichen Engagements von Zugewanderten miteinzubeziehen.

Unsere Vorgehensweise bei der Umsetzung der Studie basierte auf der Grundlage der Daten- und Methodentriangulation. Datentriangulation bedeutet dabei, Daten zum selben Gegenstand zu kombinieren, beispielsweise indem im Kontext einer Evaluation sowohl Ehrenamtliche als auch Ehrenamtskoordinator*innen befragt werden, um so unterschiedliche Perspektiven auf diesen Gegenstand einnehmen und die Ergebnisse miteinander vergleichen zu können. Dies erweitert einerseits die Erkenntnismöglichkeiten, indem weitere Aspekte des betreffenden Gegenstandes betrachtet werden und dient andererseits auch der Validierung von Ergebnissen.

Gleiches gilt auch für die Methodentriangulation, bei der ein Gegenstand mit verschiedenen Methoden untersucht wird. Mit Blick auf das vorliegende Angebot geschieht dies in erster Linie durch die Kombination quantitativer und qualitativer Verfahren, die im Vorhaben zur Anwendung kommen und durch die die „Breite, Tiefe und Konsequenz im methodischen Vorgehen erhöht wird“ (Kelle und Erzberger 2007: 304). Konkret geschieht dies in der Regel dadurch, dass neben quantitativen Daten aus standardisierten Befragungen, über qualitative Verfahren wie Dokumentenanalysen, Leitfadenterviews und teilnehmende Beobachtung qualitative Daten zu denselben Gegenständen erhoben und ausgewertet werden.

4.1 Vorgehensweise

Die Datenerhebung der vorliegenden Studie bestand aus mehreren Phasen, bei denen unterschiedliche Untersuchungsmethoden angewendet wurden.

Für die Datengewinnung wurden in der Studie verschiedene Forschungsansätze genutzt:

- Literaturrecherche
- 6 qualitative Interviews mit Ehrenamtlichen in RLP
- 4 qualitative Interviews mit Koordinierungsstellen anderer Bundesländer
- Quantitative Online-Befragung der Ehrenamtlichen in RLP
- 3 qualitative Interviews mit Vereinsvertretern

Zunächst wurden qualitative Interviews durchgeführt, sechs mit in Rheinland-Pfalz ehrenamtlich tätigen Personen sowie vier Interviews mit landesweiten Koordinierungsstellen aus anderen Bundesländern. Im weiteren Verlauf der Studie wurde dieser qualitative Teil noch durch drei Interviews mit Vereinsvertretern erweitert. Die qualitativen Interviews wurden als problemzentrierte Experteninterviews konzipiert, die halbstrukturiert angelegt waren und mit einem Interviewleitfaden als telefonisch-persönliche Befragung durch die Interviewerinnen durchgeführt wurden. Im Anschluss an die Interviews wurde ein zusammenfassendes Protokoll angefertigt (vgl. Mayring 2015: 94), welches

erst nach Freigabe durch die interviewte Person in die Auswertung aufgenommen wurde. Die qualitative Erhebung bestand im Wesentlichen aus Abfragen von subjektiven Sichtweisen.

Die qualitativen Interviews mit Ehrenamtlichen wurden als explorative Methode zu Beginn der Studie durchgeführt, um einen fundierten Einblick in die Situation der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in Rheinland-Pfalz zu erhalten. Die Ergebnisse dienten als Grundlage für die Entwicklung der Online-Befragung, die auf eine breite Datenbasis abzielte und somit ein umfassendes Bild über die Einschätzungen der Engagierten ergab.

Die gewonnenen Daten aus den qualitativen Interviews und der Online-Umfrage wurden vor allem miteinander, aber auch mit den Erkenntnissen aus der Literaturrecherche in Kontext gesetzt.

Im Zeitraum der Datenerhebung fand ein vom Ministerium für Integration durchgeführter Fachtag zu den Strukturen und Maßnahmen für eine nachhaltige ehrenamtliche Integrationsarbeit für ehrenamtlich engagierte Personen aus der Flüchtlingsarbeit statt. Dieser diente dem Austausch und der fachlichen Einbindung von aktiven Personen aus der untersuchten Zielgruppe. Neben der Vorstellung der Studie wurde die Teilnahme an den Arbeitsgruppen des Fachtags von uns genutzt, um Diskussionsstränge zu verfolgen und mit unseren aus der Datenerhebung gewonnenen Erkenntnissen abzugleichen. Teilweise wurden Erkenntnisse aus den Arbeitsgruppen bei der Datenauswertung zum Abgleich der Ergebnisse verwendet.

4.2 Qualitative Datenerhebung

Entlang der vom Auftraggeber benannten Leitfragen der vorliegenden Studie wurde eine Literaturrecherche durchgeführt. Die daraus gewonnenen Thesen bildeten die theoretische Grundlage für die Entwicklung der Leitfäden für die Interviews mit den Ehrenamtlichen und den Koordinierungsstellen.

Bei der Erstellung der Fragen wurde darauf geachtet, dass die Fragen offen gestellt und zum Erläutern der eigenen Situation einladend formuliert sind. Gleichzeitig war wichtig, dass die Fragen neutral formuliert sind und nicht nur dem Abprüfen der vorab formulierten Thesen dienen.

Für die Auswahl der ehrenamtlichen Interviewpartner*innen wurden verschiedene Kriterien angelegt, nach denen wir eine möglichst ausgewogene Verteilung erreichen wollten.

Diese Kriterien waren:

- verschiedene Altersgruppen,
- ausgewogene Geschlechterverteilung,
- unterschiedliche Dauer der Ehrenamtstätigkeit,
- Vielfalt an Aktivitäten in den Initiativen,
- Aktiv in unterschiedlichen Regionen von RLP,
- Vertreter*innen der Mehrheitsgesellschaft, mit Migrationshintergrund und neuzugewanderte Personen.

Durch die verschiedenen Zugangsmöglichkeiten und Kontaktwege zu ehrenamtlich Aktiven in Rheinland-Pfalz konnten diese Kriterien trotz der geringen Interviewzahl von sechs Personen gut abgedeckt werden.

Die verschiedenen Zugangswege zu den Ehrenamtlichen, die für die Interviews ausgewählt wurden, waren institutionseigene Netzwerke des ism e.V., persönliche Kontakte der Evaluatorinnen, Hinweise und Kontakte der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ sowie Übersichten über die landesgeförderten Ehrenamtsprojekte des Integrationsministeriums. Für den Gesamtüberblick wurde darüber hinaus eine allgemeine Recherche durchgeführt, um zu gewährleisten, dass keine interessanten oder wichtigen Akteure übersehen wurden. Diese Vorgehensweise hatte den Vorteil, dass neben einer guten regionalen Verteilung auch Personen interviewt werden konnten, die nicht per se, nämlich durch die finanzielle Förderung, bereits Kontakte zu den ministeriellen Förderaktivitäten haben, sondern auch solche, die primär im eigenen Umfeld vor Ort aktiv sind.

Für die Auswahl der Interviewpartner*innen von Koordinierungsstellen anderer Bundesländer wurde zunächst eine umfassende Recherche von Strukturen der Koordinierung und Steuerung ehrenamtlicher Aktivitäten auf Landesebene durchgeführt. Die Auswahl, die getroffen wurde, basierte primär auf dem Kriterium der Vergleichbarkeit oder Ähnlichkeit der Länder nach Merkmalen wie Größe, Anteil an Flüchtlingen nach dem Königsteiner Schlüssel, Anteil an städtisch bzw. ländlich geprägten Räumen aber auch des Vorhandenseins von landesgeförderter Struktur der Ehrenamtskoordination mit landesweitem Auftrag. Es wurden gezielt jeweils zwei Länder aus den ehemals westdeutschen bzw. ehemals ostdeutschen Bundesländern in die Interviewauswahl aufgenommen.

Tabelle 1: Ausgewählte Koordinierungsstellen in vier Bundesländern für Experteninterviews.

Bundesland	Stelle/ Träger
<i>Thüringen</i>	Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge beim Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV)
<i>Schleswig-Holstein</i>	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren
<i>Sachsen-Anhalt</i>	Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (LAGFA) im Projekt <i>Netzwerkstelle Engagierte Nachbarschaft</i>
<i>Saarland</i>	Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Pro Ehrenamt (Dachorganisation für das Ehrenamt und Bürgerengagement im Saarland)

Für die Interviews mit Vertreter*innen von Vereinen der Flüchtlingsarbeit wurde das Thema Begegnungsorte als Schwerpunkt gewählt und dementsprechend Vertreter*innen von drei Vereinen befragt, die in unterschiedlicher Form Begegnungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Mehrheitsbevölkerung schaffen. Diese Entscheidung wurde getroffen, um diesem Thema, das im Rahmen der Interviews aufkam und auch auf dem Fachtag des Ministeriums große Aufmerksamkeit erhielt, stärkeren Fokus zu verleihen.

4.3 Quantitative Datenerhebung

Für eine breitere Datenbasis und die Validierung der Interviewergebnisse wurde eine quantitative Online-Befragung durchgeführt. Bei der Erstellung des Fragebogens wurde auch auf die Ergebnisse der qualitativ geführten Interviews zurückgegriffen.

Die Befragung bestand aus 20 überwiegend geschlossenen, teils offenen Fragen. Für die Befragung wurde das Online-Portal Questback genutzt. Der Zugangslink wurde über mehrere unterschiedliche Verteilerkanäle verbreitet und per Schneeballsystem weitergegeben. Um möglichst unterschiedliche Personenkreise und Regionen zu erreichen, wurde auf die Verteiler verschiedener Institutionen zurückgegriffen, darunter das Ministerium für Integration Rheinland-Pfalz, der Initiativausschuss für Migration und Integration, die Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“, der AK Asyl / Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz, das IQ Netzwerk Rheinland-Pfalz, die IvAF-Netzwerke in Rheinland-Pfalz und mehrere Ehrenamtsagenturen.

Die Befragung war vom 20.11.2019 bis 9.12.2019 für Teilnehmer*innen geöffnet und konnte jederzeit über den versendeten Link erreicht werden. Die Teilnahme an der Befragung wurde anonym und gemäß den Bestimmungen der DSGVO¹ durchgeführt.

¹ Die Rechtliche Grundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten beruht auf:

§ 6 Absatz I EU-DSGVO mit folgenden Unterpunkten:

c) die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt.

e) Die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

§ 27 BDSG - Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken in Verbindung mit Artikel 9 Absatz 2 d) sowie Artikel 89 EU-DSGVO.

5 Datenauswertung

5.1 Qualitative Auswertung

Wir verwendeten bei der Datenauswertung die Methode der allgemeinen Inhaltsanalyse (vgl. Mayring 2015). Bei qualitativ orientierten Inhaltsanalysen (vgl. ebd.: 17) nimmt die Erarbeitung eines Kategoriensystems und damit die Kategorienbildung einen zentralen Stellenwert im methodischen Vorgehen ein. Daher haben wir uns hier dem Forschungsgegenstand und der Materialerhebung angemessen für eine a-priori (deduktiv) - induktive Kategorienbildung nach Kuckartz (2016: 63ff.) entschieden.

Im ersten Schritt wurden aus dem vorliegenden Material Hauptkategorien (deduktive Kategorien) gebildet, die sich vor allem aus der theoretischen Voranalyse und den verwendeten Leitfragen ergaben, nach denen auch die Interviewleitfäden gegliedert wurden. Die gebildeten Kategorien entsprechen im Wesentlichen den im Vorfeld der Studie festgelegten Leitfragen und Schwerpunktsetzungen.

Hiernach erfolgte die Neuordnung des Materials durch die Zusammenstellung aller Sinneinheiten im Interview, die zu einer Hauptkategorie gehören. Basierend darauf wurden im nächsten Schritt induktiv, d.h. erst durch das Material selbst sichtbar werdende Subkategorien (induktive Kategorien) erschlossen. Themen, Dimensionen und Merkmalsausprägungen konnten so der Hauptkategorie zugeordnet und dadurch letztere präzise definiert werden. Zur Überprüfung des Kategoriensystems wurde das erste Interview von zwei Forscherinnen unabhängig kategorisiert (vgl. konsensuelles Codieren) und die vorgenommenen Kategorien anschließend nochmal in ihrer Abgrenzung geschärft (vgl. Kuckartz 2016: 105). So gelang es methodisch kontrolliert, einen gemeinsamen, nachprüfbar analysierbaren Analyseweg einzuschlagen und im Vorhinein Unreflektiertes, z.B. beim ersten Analysieren aufgekommene Fragen und Irritationen, rechtzeitig zu klären. Die so gewonnenen Erkenntnisse aus den Haupt- und Subkategorien wurden im nächsten Schritt für den abschließenden Forschungsbericht genutzt.

5.2 Quantitative Auswertung

In die Auswertung der Online-Befragung wurden alle 441 beendeten Fragebögen einbezogen. Für die statistische Auswertung wurden insbesondere Häufigkeitsauszählungen genutzt, an verschiedenen Stellen wurden auch die Zusammenhänge mehrerer Merkmale miteinander in Verbindung gesetzt.

Die halboffenen Fragen der Online-Befragung konnten teilweise umcodiert werden, so dass sie in die statistische Auswertung einfließen konnten. Ansonsten wurden sie ausgewertet, indem sie Überkategorien zugeordnet wurden und dadurch ein Überblick über die Häufigkeit der genannten Themen erstellt werden konnte.

6 Forschungsergebnisse

An der Online-Befragung nahmen insgesamt 441 Personen teil, die die Befragung vollständig beantworteten und somit in die Auswertung einfließen konnten. Nicht von allen Teilnehmenden wurden alle Fragen beantwortet, sodass die einzelnen Fragen eine geringere Gesamtzahl aufweisen können. Die Mehrheit derer, die an der Befragung teilnahmen, waren mit 64 % Frauen, dagegen nur 36 % Männer. Es gaben 44 Personen (10 %) an, nicht in Deutschland geboren zu sein. Auffällig ist zudem, dass der überwiegende Anteil an Personen über 65 Jahre alt ist (42 %), über 70 % sind älter als 56 Jahre.

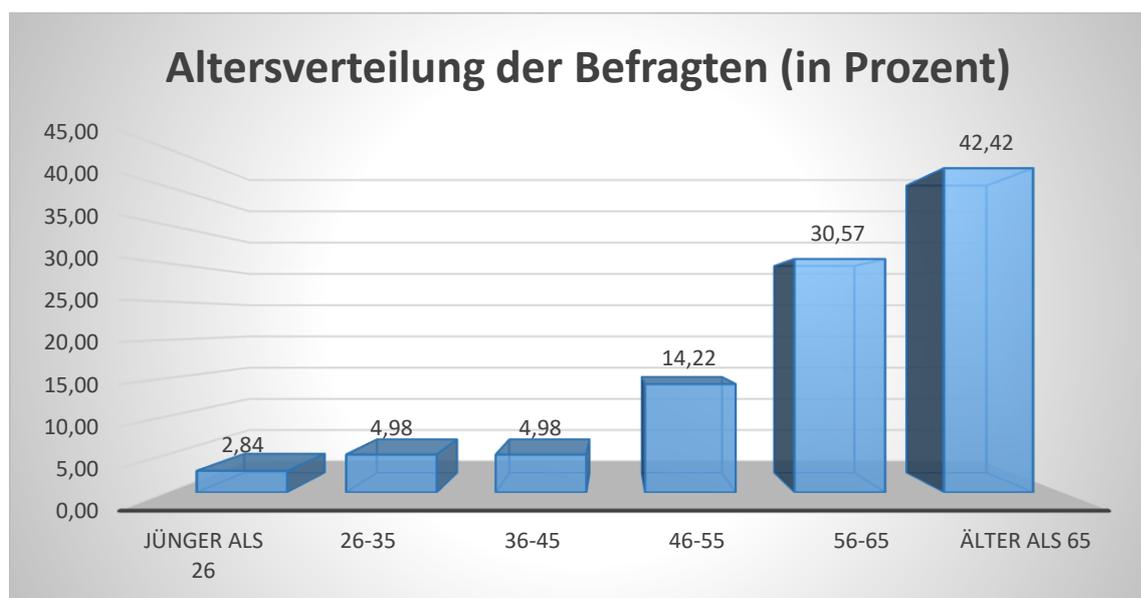


Abbildung 1: Altersverteilung der Befragten in der Online-Umfrage; eigene Darstellung.

Dies spiegelt sich auch wieder in der Frage nach der Hauptbeschäftigung der Befragten, bei der 50 % angeben, Rentner*in zu sein, und lediglich 35 % berufstätig sind (Voll- oder Teilzeit).

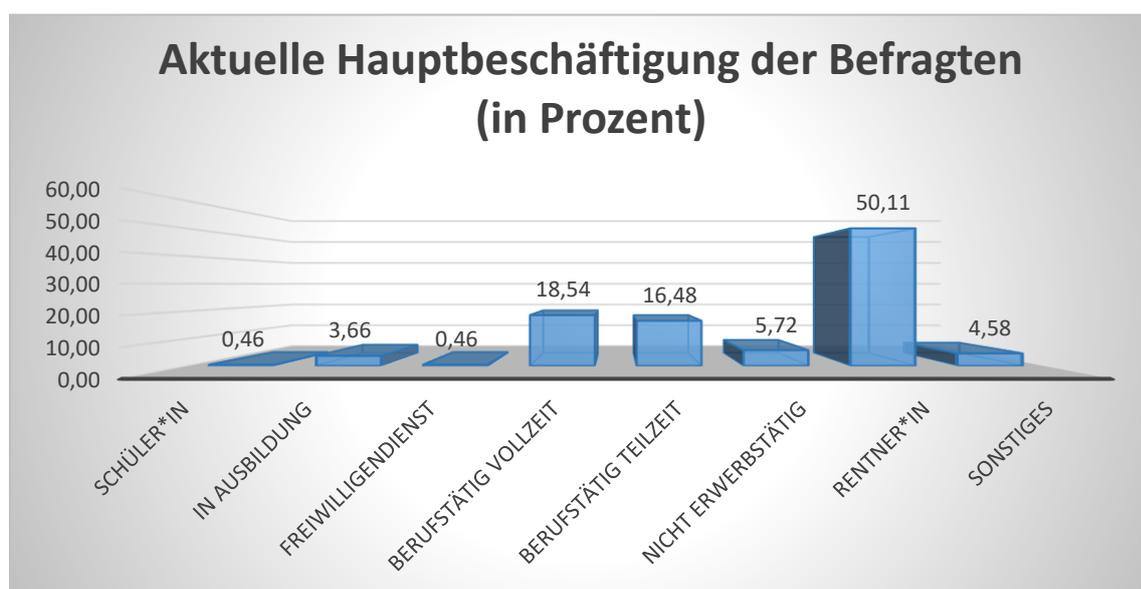


Abbildung 2: Hauptbeschäftigung der Befragten in der Online-Umfrage; eigene Darstellung.

Von den befragten Personen beantworteten 378 die Frage nach dem Landkreis, in dem sie ehrenamtlich aktiv sind. Wir gruppierten die Landkreise nach Oberzentren, Mittelzentren und ländlichen Raum in Anlehnung an die Raumstruktur im Landesentwicklungsplan von Rheinland-Pfalz². Demgemäß sind 21 % der Befragten in Oberzentren, 13 % in Mittelzentren und 66 % im ländlichen Raum aktiv. Die meisten Rückmeldungen gab es aus den Landkreisen Bad Kreuznach, Mainz und Mainz-Bingen. Gar nicht erreicht werden konnten Ehrenamtliche in Birkenfeld, Kusel, Neuwied und Pirmasens.

6.1 Veränderung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit

Die starken Veränderungen bei den Zahlen der Zielgruppe in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit führten ab 2015 zu dem beobachteten deutlichen Wandel der Tätigkeiten und der Akteurslandschaft. Nach jahrelangem Rückgang stiegen die Zahlen der Asylerstanträge ab 2008 erstmals wieder an, zunächst nur leicht. Ab 2013 war bereits ein stärkerer Anstieg zu beobachten, aber im Jahr 2015 hatten sich die Asylerstanträge gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Im Jahr 2015 wurden 441.899 Asylerstanträge in Deutschland gestellt, davon 17.625 (ca. 4 %) in Rheinland-Pfalz (vgl. BAMF 2016: 13) Im Jahr 2016 stiegen die Zahlen mit 722.370 Erstanträgen noch weiter an (vgl. BAMF 2019: 5).

Die hohen Zahlen an Asylbewerber*innen führten dazu, dass auch kleineren Kommunen eine größere Anzahl an Flüchtlingen zugeteilt wurde, als dies in den Vorjahren üblich gewesen war. Somit entstanden in vielen Orten und Gemeinden Initiativen und Helferkreise, die sich den Aufgaben widmeten, die zunächst bei der Unterbringung und Erstversorgung der Flüchtlinge anfielen.

Seit 2016 sind die Erstantragstellungen wieder deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2019 wurden in Deutschland nur noch 142.509 Erstanträge gestellt, davon 7.406 in Rheinland-Pfalz (BAMF 2019: 5f). Nachvollziehbarerweise wirkt sich dies sowohl auf die Tätigkeiten als auch auf den an die Flüchtlingsinitiativen gerichteten Bedarf aus. Zum einen verändert sich die Zielgruppe der vor Ort lebenden Flüchtlinge weiterhin, insbesondere durch Wegzug oder durch Familiennachzug. Zum anderen verändern sich auch die Bedarfe der Zielgruppe, da oft die enge persönliche Betreuung weniger notwendig ist, nachdem sich die Flüchtlinge gut in die bestehenden Strukturen integriert haben und beispielsweise Arbeit gefunden haben, bereits Deutsch sprechen und sich im Umfeld etabliert haben. Die Helferkreise und Initiativen stehen entsprechend vor einem Wandel.

6.1.1 Tätigkeiten im Wandel

Die große Mehrheit der Befragten in der Online-Befragung gaben an, ihr ehrenamtliches Engagement zwischen 2014 und 2019 begonnen zu haben. Obwohl bekanntermaßen auch schon vor 2014 eine aktive Szene in Rheinland-Pfalz in der Flüchtlingshilfe ehrenamtlich aktiv war, finden sich nur acht Personen, die vor 1999 als Startpunkt ihrer freiwilligen Tätigkeit benennen³ (siehe Abb. 1). Da wir keine verlässlichen Zahlen über die aktuelle Summe aller ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen in Rheinland-Pfalz haben und auch keine Zahlen über Personen, die schon länger aktiv sind, können wir

² Oberzentren: Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz, Trier

Mittelzentren: Frankenthal, Landau, Neustadt a.W., Pirmasens, Speyer, Worms, Zweibrücken

³ Die Frage wurde nur ca. der Hälfte der Befragten beantwortet. Wir vermuten, dass sich Personen weniger gut an den Zeitpunkt des Engagementbeginns erinnern können, je länger er zurückliegt. Somit wären einige derer, die die Frage nicht beantworteten in den Kategorien der bereits länger Engagierten zu vermuten. Nichtsdestotrotz gibt mehr als die Hälfte derjenigen, die geantwortet haben an, zwischen 2014-2019 begonnen zu haben. Dies wäre somit ein Viertel der Befragten insgesamt.

nicht feststellen, in welchem Verhältnis diese Zahlen zur Gesamtverteilung stehen. Jedoch wird deutlich, dass die Gruppe der seit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen in Deutschland aktiv gewordenen Personen hier die Mehrheit stellt und über die Befragung gut erreicht werden konnte.

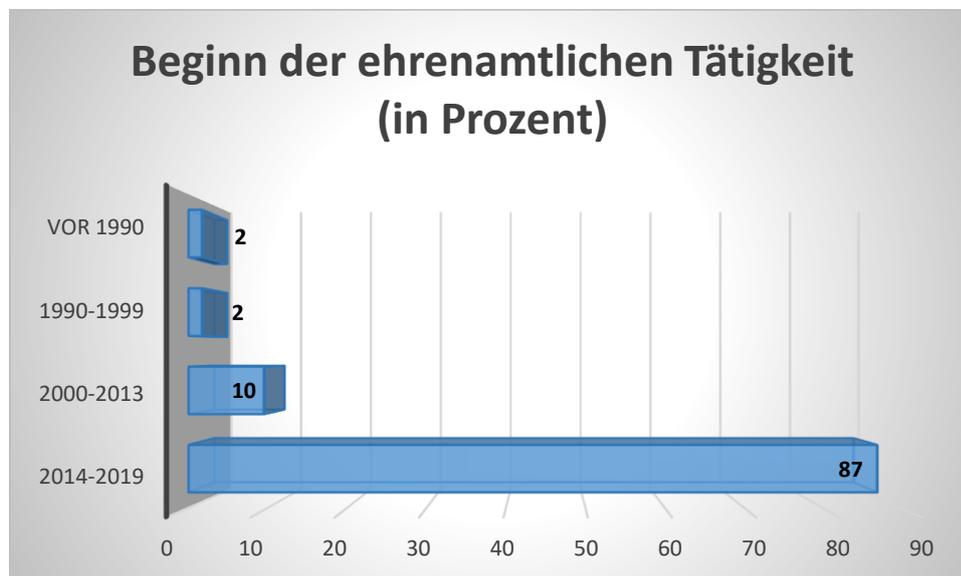


Abbildung 3: Darstellung des Engagementbeginns der Befragten nach gruppierten Jahreszahlen; eigene Darstellung.

Eher unerwartete Antworten brachte die Frage nach der Organisationsform und Anbindung der ehrenamtlich Aktiven. 218 Personen antworteten auf die Frage, in welcher Form sie aktiv sind „Für mich alleine (als Privatperson)“, an zweiter Stelle kommt mit 173 Personen die Rückmeldung sie seien in einer Gruppe aktiv. Deutlich weniger Angaben gab es bei den Antwortmöglichkeiten „im Verein“ (82 Personen), „in einer religiösen Gemeinschaft“ (66), „in einer staatlichen/kommunalen Einrichtung“ (53), „in einem Wohlfahrtsverband“ (43) und „in einer Migrantenorganisation“ (28). Jedoch gilt zu beachten, dass hier Mehrfachnennungen möglich waren. Bereinigt man die Daten zeigt sich, dass 81 Personen als Privatperson tätig sind, ohne gleichzeitig Aktivitäten in Anbindung an eine Initiative durchzuführen. Die Vermutung liegt nahe, dass viele Personen über ihre Tätigkeit in einer Initiative hinaus noch eigenverantwortlich aktiv sind. Mit 81 Personen, die alleine für sich ehrenamtlich aktiv sind, ist dies jedoch immer noch eine ernst zu nehmende Gruppe von 18 % der Befragten, die nicht an eine Initiative oder Gruppe angebinden ist und die in Planungen mitgedacht werden sollte.

Deutlich wird, dass sich seit 2015-16 die Tätigkeiten der Ehrenamtlichen an vielen Stellen verändert haben. Bei der Betrachtung der konkreten Tätigkeiten ergibt sich, dass die Unterstützung im Rahmen der akuten Erstversorgung, wie „Bei der Versorgung von Flüchtlingen mit Lebensmitteln, Kleidung, Spielzeug etc. geholfen“ und „Bei der Ausstattung / Bereitstellung von Unterkünften unterstützt“ aktuell viel weniger Nennungen bekommen als für die Jahre 2015-16. Dagegen gibt es bei Tätigkeiten wie „Unterstützung von Flüchtlingen im Alltag“ und „Flüchtlinge dabei unterstützt, Arbeit zu finden“ eine klare Zunahme an Nennungen.

Betrachtet man jedoch die fünf häufigsten genannten Tätigkeiten im Vergleich zwischen 2019 und den Jahren 2015-16, zeigt sich ein etwas anderes Bild.

Tabelle 2: Top 5 Tätigkeiten im Vergleich zwischen aktuell und den Jahren 2015-16.

2019		2015-16
Unterstützung von Flüchtlingen im Alltag	1	Unterstützung von Flüchtlingen im Alltag
Flüchtlinge bei Behördengängen unterstützt	2	Flüchtlinge bei Behördengängen unterstützt
Flüchtlinge dabei unterstützt, Arbeit zu finden	3	Bei der Versorgung von Flüchtlingen mit Lebensmitteln, Kleidung, Spielzeug etc. geholfen
Arbeit als Pat*in/ Flüchtlingslotse zur längerfristigen Unterstützung eines Flüchtlings/ einer Flüchtlingsfamilie	4	Begegnungsmöglichkeiten organisiert oder unterstützt
Flüchtlinge bei der Suche nach einer eigenen Wohnung unterstützt	5	Bei der Ausstattung / Bereitstellung von Unterkünften unterstützt

Während die Tätigkeiten auf den ersten beiden Plätzen sogar identisch bleiben, zeigt sich auf den darauffolgenden Plätzen, dass sich zwar die Tätigkeiten verändert haben, aber die Ziele der Tätigkeiten bzw. die Bedürfniserfüllung auf Seiten der Flüchtlinge sich weitgehend gleichen. Während 2015 die Flüchtlinge mit Lebensmitteln und Kleidung versorgt wurden, steht heute an, sie bei der Arbeitssuche zu unterstützen, so dass sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Ebenso vergleichbar ist die Bereitstellung von Unterkünften mit der Suche nach einer eigenen Wohnung. Die Übernahme von Patenschaften zur Unterstützung geht natürlich deutlich über die Organisation von Begegnungsmöglichkeiten hinaus, wenn sie auch sicher Teil davon ist. Unbenommen ist, dass die Unterstützung bei der Arbeits- und Wohnungssuche für die ehrenamtlich Aktiven wesentlich anspruchsvollere Tätigkeiten darstellen. Sie erfordern selbständigeres Auftreten und komplexeres Wissen als die Nothelfertätigkeiten.

Klar ist, dass sich die unterstützenden Tätigkeiten der Ehrenamtlichen entlang der Bedürfnisse der Flüchtlinge entwickeln. Bereits bei zurückliegenden Studien konnte festgestellt werden, dass 2015 eine starke Veränderung stattfand. Vey und Sauer unterscheiden hier zwischen „kurzfristigen eher alltagsbezogenen Bedürfnissen und „längerfristigen, grundlegenden Bedürfnissen“ (2017: 3ff.).

„Von einer mehr auf strukturelle Integrationshilfe fokussierten Flüchtlingsarbeit 2014 verschob sich das Engagement hin zu einem niedrigschwelligen Orientierungsangebot, das sich auf praktische Hilfestellungen nach der Ankunft sowie erste Beratungen und Betreuungen konzentriert. Anteilig zurückgegangen sind hingegen professionelle Tätigkeiten wie medizinische und psychologische Betreuung sowie Integrationsunterricht“ (Karakayali und Kleist 2016: 26).

Aktuell ist anhand der oben genannten Haupttätigkeiten der Ehrenamtlichen zu beobachten, dass die Entwicklung wieder gegenläufig, hin zur langfristig angelegten Integrationsarbeit verläuft, die mehr strukturelle Aufgaben übernimmt und den Flüchtlingen dauerhafte Integration ermöglichen will.

Es muss jedoch festgehalten werden, dass sich die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe nicht in vorgefertigte Kategorien einpassen lässt. Die Vielfalt der Konstellationen, in denen die aktiven Personen arbeiten, ist riesig und kaum miteinander vergleichbar. Dies zeigt sich daran, dass nicht wenige Personen in der Online-Befragung die Kategorien „Weiteres“ nutzten, da sie die von uns vorgenommene Gruppierung nicht als passend empfanden. Aber auch in den qualitativen Interviews konnten wir erkennen, dass die Tätigkeiten immer individuell und den Gegebenheiten vor Ort entsprechend ausgestaltet sind. Die Bandbreite geht von individueller Unterstützung im nahen Umfeld bis hin zu politischer Betätigung auf Landes- und Bundesebene. Es gibt keine miteinander vergleichbaren Strukturen oder zu übernehmende Ämter in den Initiativen und Vereinen, wie das ggf. in anderen Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements der Fall ist. Die aktiven Personen bringen das ein, was sie bereit und in der Lage sind zu leisten und gestalten sich ihren eigenen Tätigkeitsbereich.

Eine häufig benannte Veränderung mit umfassenden Auswirkungen auf die Tätigkeiten der Flüchtlingshilfe ist der deutliche Rückgang an ehrenamtlich aktiven Personen. Mangels statistischer Daten über die gesamte Anzahl der ehrenamtlichen Flüchtlingsunterstützer*innen in Rheinland-Pfalz können wir dies nicht übergreifend nachweisen. Jedoch wird durch die Interviews mit aktiven Personen und auch Vereinsvertreter*innen deutlich, dass der Rückgang ehrenamtlich aktiver Menschen in vielen Regionen eine aktuelle Veränderung der Aktivitäten vor Ort bewirkt.

„Es wurde im Ort Ende 2015 mit viel Euphorie ein Asylkreis gegründet, dem sogar der damalige Bürgermeister vorstand. Innerhalb eines halben Jahres war die Personenzahl der Helfer dermaßen geschrumpft, dass nur noch ich übrigblieb.“ (Zitat aus Online-Befragung)

Mehrere Interviewpartner*innen gehen auf den Rückgang der aktiven Ehrenamtlichen ein. Gründe, die dafür benannt werden, sind vor allem die hohe Belastung durch die Tätigkeiten und der Zeitaufwand, aber auch der Frust im Zusammenhang mit den Asylrechtsverschärfungen. Vor allem geflüchtete Ehrenamtliche haben mittlerweile oft weniger zeitliche Ressourcen, da sie entweder in Integrationskurse eingebunden sind oder selbst Arbeit gefunden haben. Teilweise wurden nach anfänglich unklaren Verantwortlichkeiten bestimmte Tätigkeiten durch hauptamtliche Stellen übernommen. Es wird auch deutlich gemacht, dass es die ständige Ansprache und Motivation der Ehrenamtlichen braucht, um sie für Aktivitäten zu gewinnen. Ein Vorschlag ist, eine bessere lokale Einbindung der Ehrenamtlichen (durch hauptamtliche Begleitung) zu schaffen. Dadurch besteht ein Anlaufpunkt, mehr Austausch untereinander und Ehrenamtliche können leichter motiviert bzw. auch reaktiviert werden.

Der verzeichnete Rückgang des Engagements macht sich in den rein ehrenamtlich aufgestellten Initiativen und Vereinen der Flüchtlingshilfe besonders bemerkbar, da die Menge und der Umfang von Aktivitäten davon abhängen, wie viele Aktive vor Ort mitmachen. Insbesondere Begegnungsangebote benötigen einen hohen personellen Einsatz. Manche Vereine haben somit die Aktivitäten auf reine persönliche Betreuung reduziert.

Möglicherweise ist es sinnvoll zu betrachten, inwieweit Vereine, Initiativen und hauptamtliche Strukturen, insbesondere im ländlichen Raum, gemeinsame Aktivitäten anbieten können. Hier bietet sich an, auch sowohl gemeindeübergreifend als auch institutionenübergreifend zu denken. Grundlage für eine solche Zusammenarbeit könnten Austauschformate in ländlichen Räumen sein, bei denen aktive Personen sich über Ideen, Formate, Kooperationsmöglichkeiten und

Unterstützungsmöglichkeiten austauschen, um Synergien zu finden und mit gemeinsamen Aktivitäten die vorhandenen Ressourcen zu bündeln.

Die Ergebnisse der Interviews sowie der Online-Umfrage zeigen uns, dass es einige Veränderungen in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe gab und gibt. Die Nothilfetätigkeiten, die vor allem 2015 im Vordergrund standen, um die ankommenden Flüchtlinge gut zu versorgen, sind in den Hintergrund gerückt. Die Integrationsarbeit rückt wieder in den Vordergrund und es gibt eine Art Rückbesinnung auf die Arbeit vor 2014, aber mit neuen aktiven Personen, neuen Initiativen und neuen Ideen. Die hohen Zuwanderungszahlen von 2015/16 haben einige Veränderungen in den Strukturen bewirkt.

Jedoch ist bei der Integrationsarbeit zu beachten, dass die notwendigen Aktivitäten sehr viel stärker individuell auf die Bedarfe der Flüchtlinge zugeschnitten sein müssen, es bleiben weniger standardisierbare Tätigkeiten als bei der Notversorgung 2015. Dies bedeutet wiederum, dass die Perspektive der Flüchtlinge stärker einbezogen werden muss. Integrationsarbeit kann nicht top-down erfolgen, sondern hat zum Ziel Dinge gemeinsam zu gestalten.

In einem Interview wird das wie folgt beschrieben:

„[Man] möchte im Grunde eigentlich gar nicht mehr großartig unterscheiden zwischen deutschen Ehrenamtlichen und neuzugewanderten Ehrenamtlichen, weil im Vordergrund das ehrenamtlich-Sein steht. Hier verwachsen also bereits Migranten, Geflüchtete und Deutsche bei ihrer gemeinsamen Arbeit.“ (Ehrenamtliche/r Interviewpartner*in)

Im Interview mit einem*r Vereinsvertreter*in einer Migrantenorganisation wird die Motivation für die Vereinsgründung als Wunsch nach Mitbestimmung bezeichnet.

*„Sinn und Zwecke ihres*seines Engagements ist es, das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen, d.h. einzufordern mitreden zu können und nicht über sich reden zu lassen – gewissermaßen eine Stimme zu bekommen und gesellschaftliche Aufgaben definieren zu können.“* (Vereinsvertreter*in)

Hier wird deutlich, dass es bei der Integrationsarbeit nicht mehr nur darum gehen kann, Unterstützung FÜR Flüchtlinge anzubieten, sondern darum, gemeinsam MIT neuzugewanderten Menschen Veränderungen zu bewirken.

Die Weiterentwicklung der Vereine und Initiativen in der Integrationsarbeit sollte demnach immer auch beinhalten, Flüchtlinge und Neuzugewanderte als ebenbürtige Engagierte einzubinden. Neuzugewanderte wollen selbst und aktiv ihre Lebensumstände gestalten und beeinflussen. Für diejenigen, die sich für ein ehrenamtliches Engagement entscheiden, müssen die Initiativen offen sein.

„Jede Initiative für Flüchtlinge sollte sich überlegen, wie sie den Geflüchteten selbst eine aktive und mitbestimmende Rolle verschaffen kann und welche unterstützenden Schritte dafür notwendig sind. Dies gilt auch für die zahlreichen Stiftungen und Bürgerstiftungen, die Förderprogramme für Geflüchtete aufgelegt haben – oft noch ohne Beteiligung der Betroffenen.“ (nbb Netzwerkimpuls 2014: 4)

Für die Öffnung der Flüchtlingsinitiativen und der Begleitung und Beratung bei der Einbindung von Neuzugewanderten auf Augenhöhe kann die derzeitige Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ möglicherweise als Ansprechstelle und treibender Akteur dienen.

Des Weiteren müssen Förderstrukturen und Angebote auch diejenigen im Blick haben, die selbst eine Initiative oder einen Verein zur Erreichung ihrer Ziele und Vorstellungen gründen wollen. Um Beteiligung von Migrant*innen sicher zu stellen, empfiehlt es sich, neu über Maßnahmen von Finanzierung und Empowerment neu gegründeter Migrant*innenorganisationen nachzudenken.

Empfehlungen:

- Es braucht Strukturen vor Ort, die sich der Aufgabe annehmen, die Begegnung von Ehrenamtlichen und den Austausch sicherzustellen. Das unterstützt insbesondere auch das Engagement von Menschen, die außerhalb von Initiativen freiwillig tätig sind. Der Aufbau und/oder die Unterstützung möglichst nachhaltiger Strukturen ist Aufgabe der Landespolitik.
- Um Synergien zu finden und Ressourcen zu bündeln, kann es sich für lokale Initiativen anbieten, sich über Ideen, Formate, Kooperationsmöglichkeiten und Unterstützungsmöglichkeiten auszutauschen. Das Integrationsministerium könnte über zentrale Austauschveranstaltungen die regionale und institutionenübergreifende Zusammenarbeit initialisieren bzw. stärken.
- Der Fokus auf die Gestaltung der Integrationsarbeit MIT Flüchtlingen, statt FÜR Flüchtlinge, ist in allen Maßnahmen der Gestaltung ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe mitzudenken, um Partizipation zu stärken, Gemeinsamkeit zu schaffen und Vorurteile und Paternalismus abzubauen.
- Es ist zu prüfen, ob die Begleitung der Vereine und Initiativen der Flüchtlingsarbeit bei der Öffnung für neuzugewanderte Engagierte und deren gleichberechtigte Mitarbeit als Thema der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ ausgebaut werden kann.

6.1.2 Organisationsformen ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit

Viele neue Initiativen der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit entstanden 2015 und 2016 als die Zahlen der ankommenden Flüchtlingszahlen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich stiegen. Zunächst als Helferkreise gestartet, die in einer Akutsituation mit Aktivitäten auf sichtbare Bedürfnisse der angekommenen Personen reagierten, befinden sich die Gruppen seit 2017 in einer Phase der Konsolidierung. Während an manchen Orten das Engagement auf ein Mindestmaß schrumpfte, nachdem die Akutsituation bewältigt war, versuchen andere Initiativen durch Vereinsgründung, Förderanträge und feste Strukturen eine Verstetigung ihrer Arbeit zu erreichen. Dies ist sehr aufwändig, teils kompliziert und erfordert ein zusätzliches Maß an organisatorischem Engagement.

Die Vereinsgründung stellt für viele Initiativen einen wichtigen Schritt dar, aber oftmals auch eine hohe Hürde. Ein*e Vereinsvertreter*in beschreibt das Ziel der Vereinsgründung als Unterstützung für einzeln agierende Ehrenamtliche, da ein Verein eine klarere Präsenz nach außen darstellen kann. Zudem ist es ohne juristische Rechtsform sehr schwer an Fördergelder zu kommen. Jedoch stellen die bürokratischen Voraussetzungen an eine Vereinsgründung und -umsetzung die kleinen Initiativen vor hohe Herausforderungen.

„Für kleinere Initiativen braucht es bürokratisch schlankere Modelle. Derzeit ist eine Vereinsgründung ohne rechtliche Unterstützung manchmal schwer möglich. Und die

Umsetzung der bürokratischen Forderungen, wie Mitgliederversammlung, Kassenbericht, etc. sind für kleinere Initiativen kaum umsetzbar.“ (Koordinierungsstelle Schleswig-Holstein)

Auch die Finanzierung ist für kleine Vereine und Initiativen problematisch und sehr ressourcenintensiv.

*„Insgesamt gestaltet sich der Finanzierungsprozess für den Verband als hoch aufwändig, insbesondere was den bürokratischen Aufwand für Antragstellungen und Nachweiserbringungen etc. anbelangt. [...] [D]ie aufzuwendende Zeit ist die größte Hürde.“ (Vereinsvertreter*in)*

*„Die Landesregierung sollte mehr und einfachere Möglichkeiten schaffen, ehrenamtliche Projekte zu fördern. Denn die hochbürokratischen Anträge, die dann nicht einmal bewilligt werden, haben Frustration zur Folge und das Gefühl, dass es unnütz und sinnlos war, überhaupt etwas zu beantragen.“ (Ehrenamtliche/r Interviewpartner*in)*

Die Anträge sind oft sehr umfangreich und kompliziert, so dass dies für Ehrenamtliche einen zu hohen Zeitaufwand darstellt, die nötigen Mittel zu beantragen. Zudem sind viele Finanzierungsmöglichkeiten den Ehrenamtlichen gar nicht bekannt. Hier besteht ein dringender Bedarf nach mehr Informationen, aber auch mehr niedrigschwellig zu beantragenden Fördermitteln.

*„Die Koordinierungsstelle [...] wird als sehr sinnvoll eingeschätzt, da eine Veranstaltung, zum Thema Fördermittel und wo sie niedrigschwellig beantragt werden können, als sehr gelungen und hilfreich bewertet wurde. Sie haben mit dem Thema ein sehr aktuelles und die Ehrenamtlichen in ihrer täglichen Arbeit in der Geflüchtetenhilfe betreffendes, aufgenommen.“ (Ehrenamtliche/r Interviewpartner*in)*

Manche Helferkreise sind aufgrund von weniger Ehrenamtlichen oder weniger zu betreuenden Personen bereits wieder verschwunden, andere befinden sich in einem Prozess der Veränderung. Dafür wurde unter anderem das Projekt der „Zukunftswerkstatt“⁴ genutzt, bei dem sich Initiativen mit ihren Zielen und ihrer Umsetzungsstrategie auseinandersetzen konnten und dabei professionell begleitet wurden. Zum Teil wird eine Veränderung der Angebote und der Umsetzung notwendig sein, um weiterhin den Bedarfen der Zielgruppe gerecht zu werden, zum Teil werden sich die Initiativen einen neuen Rahmen geben müssen oder wollen. Denkbar sind auch Kooperationen oder Zusammenschlüsse verschiedener Initiativen zu gemeindeübergreifenden Initiativen oder Vereinen.

Anstatt einer Verkleinerung oder Zusammenlegung aktiver Strukturen aufgrund eines Rückgangs der Zielgruppe ist andererseits auch eine Erhaltung der bestehenden Initiativen bei Erweiterung der Zielgruppe denkbar. Teilweise wird dies in anderen Bundesländern bereits umgesetzt. Von der Koordinierungsstelle in Sachsen-Anhalt wird berichtet, dass es die Bestrebung gibt, die Zielgruppe der Flüchtlingshilfe auszuweiten, vor allem auf andere Migrant*innen, insbesondere zugewanderte Fachkräfte. Die Herausforderungen bei der Integration und Einbindung sind sich sehr ähnlich. Die Politik unterstützt mit diesem Ziel weiterhin das politische Feld der ehrenamtlichen Integrationsarbeit. Es werden derzeit auch Angebote geplant, die nicht nur Migrant*innen, sondern auch die ansässige Bevölkerung im Blick haben, da es vor allem im ländlichen Raum gesellschaftlich abgehängte Personengruppen gibt. Die Förderung bestimmter Angebote soll dann nicht einzelnen Zielgruppen zugutekommen, sondern allen bedürftigen Menschen offenstehen.

⁴ 2017 gefördert vom Ministerium für Integration RLP und umgesetzt von der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“.

„Es geht um einen Weiterentwicklungsschritt zu Integration als breiter Querschnittsaufgabe. Formate und Lösungen aus dem Integrationsbereich können auf andere Gruppen übertragen und geöffnet werden. Dies wird unter anderem auch getan, um Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen.“ (Interview Koordinierungsstelle Sachsen-Anhalt)

Hier gibt es verschiedene Ansätze zur Erweiterung der Zielgruppe. Zum einen ist dies die Ausweitung der Angebote auf andere Migrantengruppen, wie bspw. auch einwandernde Fachkräfte, zum anderen wird die Einbeziehung von sozial schwachen Gruppen der Gesamtgesellschaft vorgeschlagen. Andere Überlegungen, die insbesondere im Zusammenhang mit den Begegnungsorten diskutiert werden, sehen eine Öffnung für die allgemeine Bevölkerung vor. Die Betrachtung dieser sozialpolitischen Frage würde in dieser Studie zu weit führen, ist aber für die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit nicht unbedeutend. Im Rahmen dieser Untersuchung wollten wir von den freiwillig engagierten Menschen vor allem wissen, ob sie ihre Aktivitäten bei einer Erweiterung der Zielgruppe genauso umsetzen würden.

In Rheinland-Pfalz halten 64 % der Befragten in der Online-Befragung eine Ausweitung ihrer Tätigkeiten auf eine breitere Zielgruppe für vorstellbar.

Eine Ausweitung der Aktivitäten auf eine breitere Zielgruppe führt möglicherweise zu einer größeren Akzeptanz in der Bevölkerung. Vorbehalte, dass eine spezifische Gruppe in ungerechterweise bevorzugt wird, werden dadurch ausgeräumt. Zudem stärkt es die Begegnungsmöglichkeiten und den Kontakt, wenn Angebote interessenorientiert statt zielgruppenspezifisch angeboten werden. Die dadurch entstehenden Berührungspunkte verschiedener Bevölkerungsgruppen können zu Vorurteilsabbau und kulturellem Austausch beitragen und somit insgesamt die Normalisierung von Zuwanderung vorantreiben.

Immerhin 20 % der befragten Personen lehnen die Ausweitung der Aktivitäten auf andere Zielgruppen ab. Es ist zu bedenken, dass Personen, je nach Motivation, die sie für ihr Engagement mitbringen, sich bei einer Öffnung der Angebote eher wieder zurückziehen könnten. Kritisch sehen kann man an einer Zielgruppenöffnung, dass die Angebote dann weniger spezifisch auf spezielle Bedarfe einzelner Zielgruppen ausgerichtet werden können. Möglicherweise entstehen entlang der Angebote auch Konflikte oder die Berührungsängste zwischen einzelnen Gruppen, was dazu führen kann, dass manche Personen nicht an den Angeboten teilnehmen, wenn Personen anderer Gruppen anwesend sind.

Empfehlungen:

- Um einen besseren Zugang zu Fördermöglichkeiten für ehrenamtliche Initiativen herzustellen, braucht es vor allem unbürokratische Förderung von Kleinstprojekten und Kostenerstattung. Darüber hinaus ist auch die Aufbereitung und Bekanntmachung von bestehenden Fördermöglichkeiten sowie die Beratung der Initiativen bei der Antragstellung notwendig.
- Für die Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in Richtung allgemeiner Integrations- oder Gemeinwesenarbeit erscheint es notwendig, zu präzisieren, für welche Zielgruppen diese Ausweitung vorgesehen ist und welche Strukturen für die Umsetzung notwendig sind.

6.2 Bedarfe der Ehrenamtlichen

6.2.1 Motivationen

Im Rahmen der Online-Befragung stellten wir zwei Fragen zum Einstieg in die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe. Zum einen interessierten uns die Gründe und Motive für die Entscheidung, sich für Flüchtlinge einzusetzen, zum anderen wollten wir die Rahmenbedingungen untersuchen, die dazu führten, dass sich Personen genau für das gewählte Engagement entschieden.

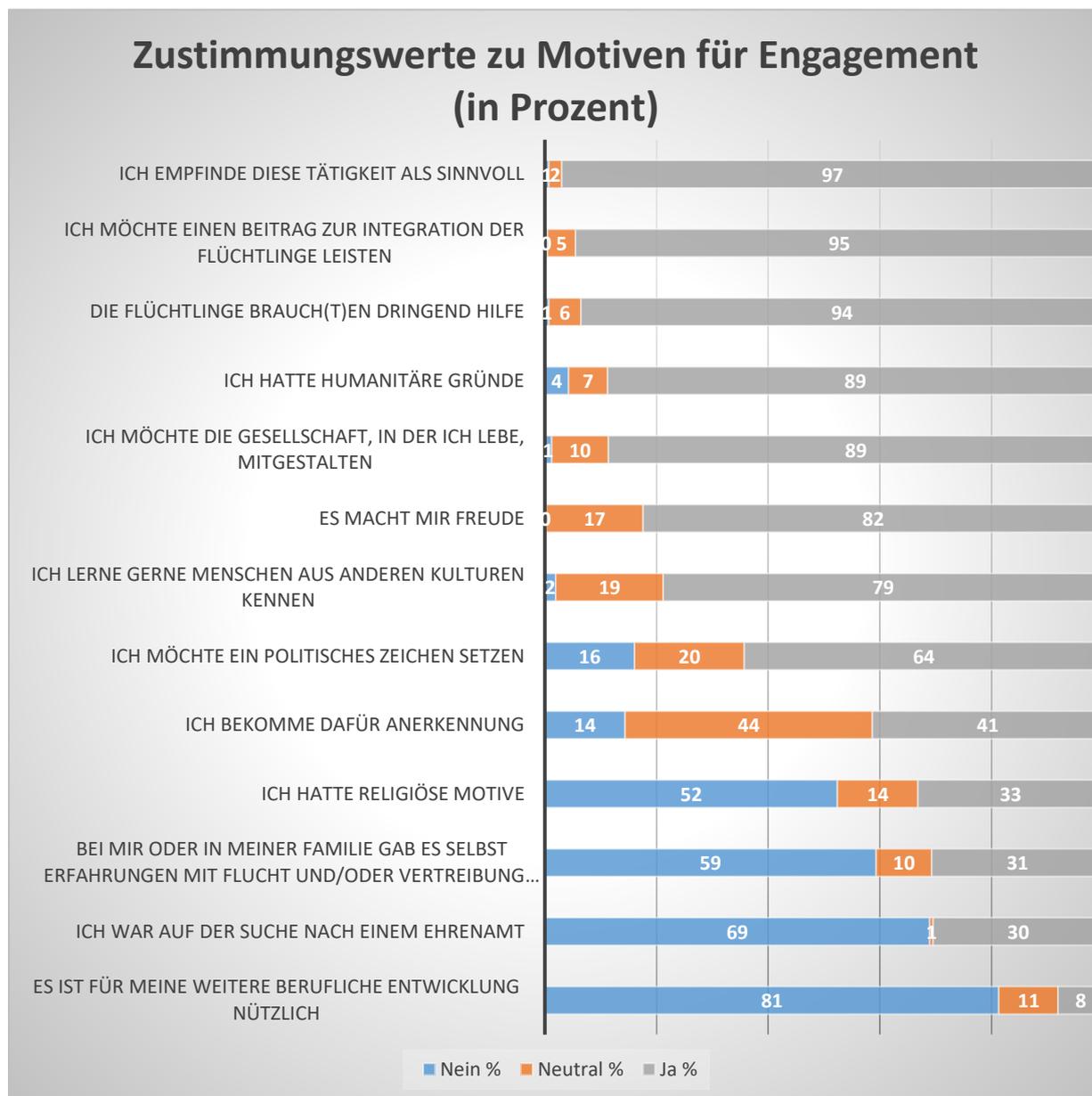


Abbildung 4: Motivationen der Befragten, sich in der Flüchtlingsarbeit zu engagieren; eigene Darstellung.

Bei den Motiven für das Engagement in der Flüchtlingsarbeit sind die drei Aussagen, denen die meisten Personen zustimmen: „Ich empfinde diese Tätigkeit als sinnvoll“ (97 %), „Ich möchte einen Beitrag zur Integration der Flüchtlinge leisten“ (95 %), und „Die Flüchtlinge brauch(t)en dringend Hilfe“ (94 %).

Die geringste Zustimmung bekommen die Aussagen „Es ist für meine weitere berufliche Entwicklung nützlich“ (8 %), „Ich war auf der Suche nach einem Ehrenamt“ (31 %) und „Bei mir oder in meiner Familie gab es selbst Erfahrungen mit Flucht und /oder Vertreibung bzw. mit Migration“ (31 %). In Anbetracht der hohen Anzahl an Personen im Rentenalter verwundert die geringe Zustimmung zur beruflichen Nützlichkeit der Tätigkeit wenig.

31 % der befragten Personen geben an, sich aus Gründen zu engagieren, die mit eigenen oder familiären Flucht- und Migrationserfahrungen zu tun haben. Da dieser Grund per se nicht auf alle Befragten zutreffen kann, ist diese Zahl höher zu bewerten, als es auf den ersten Blick bei den drei am wenigsten benannten Gründen aussieht. Es zeigt, dass die eigenen Erfahrungen und die familiäre Sozialisation ihren Teil zur Entscheidung von Personen beitragen, wofür sie sich im weiteren Leben einsetzen wollen.

Eine Möglichkeit eine etwas übersichtlichere Darstellung der vielfältigen und spezifischen Motivationen zu bekommen, ist die Gruppierung der Einzelaussagen. In diesem Sinne haben wir die insgesamt 13 Antwortmöglichkeiten in unserer Umfrage in sieben Großkategorien subsumiert. Davon sind drei Großkategorien neu benannt worden.

Beispielsweise gingen in die neugebildete Kategorie „Gesellschaft mitgestalten wollen“ die Antwortmöglichkeiten „Ich möchte einen Beitrag zur Integration der Flüchtlinge leisten“ und „Ich möchte die Gesellschaft, in der ich lebe, mitgestalten“, sowie „ich möchte ein politisches Zeichen setzen“ ein.

Dabei fällt auf, dass sich nun eine etwas anders gelagerte Motivationskonstellation ergibt. Es wird deutlich, dass mit insgesamt 91 % Zustimmung die moralischen Gründe nun überwiegen. In dieser Gruppe wurden die Antworten „Die Flüchtlinge brauchten dringend Hilfe“ und „Ich hatte humanitäre Gründe“ zusammengefasst. Dies zeigt, wie auch schon an anderer Stelle, wie stark der Hilfsaspekt und das Übernehmen von nicht bewältigten Aufgaben beim Ankommen der Flüchtlinge zu dem hohen Einsatz von freiwilliger Arbeit beigetragen hat. An zweiter Stelle steht das ebenfalls sehr bedeutende Motiv der Ehrenamtlichen, die Gesellschaft mitgestalten zu wollen mit 83 %. Diese Vorstellung finden wir ebenfalls wieder in dem Wunsch vieler Ehrenamtlicher, die Möglichkeit zu haben, Vorschläge einzubringen, gehört zu werden und gemeinsam mit Hauptamtlichen Veränderungen zu bewirken. Aber auch die Idee, zur Integration der Flüchtlinge etwas beizutragen, fällt mit in diese Kategorie und beinhaltet damit auch die Gefahr der Bevormundung der Flüchtlinge.

Außerdem lässt sich feststellen, dass das Motiv der Neugierde, d.h. die grundsätzliche Bereitschaft und insbesondere der Wille andere Menschen gerne kennenlernen zu wollen, etwas höher bewertet werden muss als in der Einzelbetrachtung, denn mit 79 % liegt es trotz des deutlichen Abstands zu den moralischen Gründen immer noch unter den ersten drei ausschlaggebenden Motiven für die Ausübung dieses Engagements.

Überraschend ist allerdings, dass die Kategorie „utilitaristische Motive“, unter die solche Antwortmöglichkeiten fallen, welche zum Ausdruck bringen, dass das Ehrenamt ausgeübt wird, weil es den Ehrenamtlichen selbst und ihrem Selbstwertgefühl dient (weshalb auch die Antwortmöglichkeit, dass die Tätigkeit als sinnvoll empfunden wird, hier subsumiert wird) erst an vierter Stelle mit einer Zustimmung von 65 % steht.

Tabelle 3: Gruppierete Kategorien der Motivation der Befragten für ihr ehrenamtliches Engagement; eigene Darstellung.

Gruppe		Gruppierete Kategorien	
1	Moralische Gründe	<ul style="list-style-type: none"> • Die Flüchtlinge brauch(t)en dringend Hilfe • Ich hatte humanitäre Gründe 	91 %
2	Gesellschaft mitgestalten wollen	<ul style="list-style-type: none"> • Ich möchte einen Beitrag zur Integration der Flüchtlinge leisten • Ich möchte die Gesellschaft, in der ich lebe, mitgestalten • Ich möchte ein politisches Zeichen setzen 	83 %
3	Ich lerne gerne Menschen aus anderen Kulturen kennen		79 %
4	Utilitaristische Motive⁵	<ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung • Freude • Sinnvoll • Suche nach EA 	65 %
5	Ich hatte religiöse Motive		33 %
6	Bei mir oder in meiner Familie gab es selbst Erfahrungen mit Flucht und/oder Vertreibung bzw. mit Migration		31 %

Die Motivation „Ich war auf der Suche nach einem Ehrenamt“ steht quasi im Gegensatz zur Aussage „Die Flüchtlinge brauchten dringend Hilfe“. Häufig hatten Ehrenamtliche, besonders im Jahr 2015, den Eindruck, nicht wirklich die Wahl zu haben, dieses Ehrenamt zu übernehmen, sondern Angesichts stark problematischer Situationen in den Gemeinden, dringend einspringen zu müssen. Dies konnte auch in den Gesprächen im Rahmen des Fachtags beobachtet werden, in denen von einigen Personen zum Ausdruck gebracht wurde, dass sie eigentlich nicht in die Flüchtlingsarbeit wollten, es aber als dringend notwendig erachteten.

Diese Erfahrung finden wir genauso auch in der Frage zu den Rahmenbedingungen für die Wahl des konkreten Engagements. Die Aussage „Ich sah, dass Unterstützung gebraucht wurde und bin eingesprungen“ hat die höchsten Zustimmungswerte (81%), gleichauf mit der Aussage „Ich war überzeugt von den Zielen der Initiative“ (81 %). Die wenigsten Personen (10 %) bejahen das Statement „Ich bin über spezielle Vermittlungsstellen zu meinem Engagement gekommen (z.B. Ehrenamtsagentur)“. Hier ist noch deutliches Potential für strukturelle Akteure, Ehrenamtliche gezielt anzusprechen und in bestimmte Engagementformen zu vermitteln. Zwar gibt es mit Freiwilligenagenturen solche Akteure bereits auf verschiedenen Ebenen, jedoch haben diese möglicherweise die Flüchtlingshilfe als Engagementbereich noch wenig im Fokus.

⁵ Die Antwortkategorie „Es ist für meine weitere berufliche Entwicklung nützlich“ haben wir nicht in die Auswertung miteinbezogen, da diese Kategorie bei der hohen Anzahl an Rentner*innen für einen Großteil der Befragten irrelevant ist.

Will man Personen für das Ehrenamt neugewinnen, braucht es Strukturen, die Information und Vermittlung anbieten, aber auch Ansätze mit denen man die interessierten Personen erreicht. Es geht vor allem darum, Möglichkeiten des Engagements zu erklären und anzubieten. Gleichmaßen muss auch jeder das Recht haben, sich nicht zu engagieren. Dies ist vor allem auch vor dem Hintergrund zu beachten, dass beispielsweise Neuzugewanderte zunächst viele Lebensbereiche haben, in denen Veränderungen zu bewältigen sind und manchmal Handlungsbedarf besteht. So darf freiwilliges Engagement nicht zur Bedingung, beispielsweise für behördliche Genehmigungen, werden.

„Für Geflüchtete sind die Rahmenbedingungen, sich zu engagieren bedeutend schwieriger, schon durch ihre Situation mit oft unklarem Status und ihrer Lebenslage. Aber die, die sich engagieren profitieren davon im integrativen Prozess und gewinnen an Kontakten zur ansässigen Bevölkerung.“ (Koordinierungsstelle Schleswig-Holstein)

Bundesweit bilden Personen mit Migrationshintergrund etwa 24 % der Ehrenamtlichen, mit regionalen Unterschieden, da dies in den Städten mehr, im ländlichen Raum weniger Menschen sind. Anhand ihrer Motivationen für die ehrenamtliche Tätigkeit gibt es kaum Unterschiede im Vergleich zur Gesamtgruppe der Ehrenamtlichen (Karakayali und Kleist 2016: 18). Man kann jedoch festhalten, dass als zusätzliche Motivation hinzukommt, dass Flüchtlinge das ehrenamtliche Engagement nutzen wollen, den Ressentiments ihnen bzw. der Gruppe der Flüchtlinge gegenüber entgegenzutreten zu wollen. Durch die Begegnungsmöglichkeiten und das „Vorbild-Sein“ wollen sie das öffentliche Bild über Flüchtlinge positiv mitprägen.

Sich ehrenamtlich zu engagieren bietet Neu-Zugewanderten zusätzliche Formen gesellschaftlicher Teilhabe. Das Engagement schafft Gelegenheiten, Kontakte zu knüpfen, die gesellschaftlichen Strukturen zu verstehen und eigene Handlungssicherheit in der neuen Umgebung zu gewinnen (vgl. Speth 2018: 4f.). „Engagement wird damit zu einer Strategie, die neue soziale Umwelt kennen zu lernen und Weltbeziehungen aufzubauen“ (ebd.: 38).

Dennoch kann man davon ausgehen, dass insbesondere für neuzugewanderte Menschen die Rahmenbedingungen, die ein ehrenamtliches Engagement ermöglichen, so gestaltet sein müssen, damit dieses aufgenommen werden kann. Dies beginnt schon beim Zugang zu Informationen über die Möglichkeit sich zu engagieren. So sind die oben beschriebenen Angebote von Freiwilligenagenturen für Neuzugewanderte zum Teil wenig zugänglich.

„Für die Gewinnung von geflüchteten Menschen für das Bürgerschaftliche Engagement bedarf es jedoch eines zugehenden Ansatzes. Weder kann von ihnen erwartet werden, dass sie die vorhandenen Informationsquellen kennen, noch, dass sie diese in einer für sie meist fremden Sprache nutzen werden“ (Stiehr und Stiehr 2016: 28).

Zum Teil sind es persönliche Voraussetzungen, die den Weg in ein Engagement erleichtern. Oft engagieren sich extrovertierte Menschen eher, weil sie neugierig auf ihre Umgebung sind, und in der Regel aus mittleren Bildungsschichten kommen (vgl. Speth 2018: 36 ff.). Daneben spielen aber auch die externen Bedingungen eine Rolle bei der Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Es muss möglichst im nahen Umfeld eine gute Auswahl an Betätigungsmöglichkeiten geben, die aufnehmenden Vereine müssen offen sein, es braucht Stellen zur Vermittlung und Erklärung der hiesigen Strukturen von Engagement mit bestenfalls aufsuchendem Zugang (vgl. ebd.: 39 ff. sowie Stiehr und Stiehr 2016: 28).

„Es sollten diese positiven Effekte aber nicht als eine einseitige Aufforderung an Zugewanderte interpretiert werden. Es ist auch Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft, Geflüchtete als aktive Handelnde zu gewinnen bzw. die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.“ (Linnert und Berg 2016: 23)

Die ehrenamtlichen Initiativen der Flüchtlingshilfe sind relevante Akteure bei der Förderung von Flüchtlingen im bürgerschaftlichen Engagement, da sie den Flüchtlingen bekannt und üblicherweise im Nahraum vorhanden sind und somit eine niedrigschwellige Einstiegsmöglichkeit in die lokale Vereinslandschaft bieten (vgl. Speth 2018: 42). Dies wird auch in den Interviews angesprochen.

„Der Zugangsweg verläuft klassisch über die eigenen Hilfsstrukturen, die sie kennengelernt haben und dort beteiligen sie sich entsprechend. Das können unterschiedliche Vereinsarten sein, bspw. auf dem Land auch Feuerwehr und Fußballvereine, die sich um die neuangekommenen Flüchtlinge gekümmert haben.“ (Koordinierungsstelle Sachsen-Anhalt)

„Die Person hat einen ‚festen Stand‘ bzw. eine eigenständige Position in dem Verein erreicht. Sie wurde quasi ‚vom Betreuten zum Helfenden‘.“ (Ehrenamtliche/r Interviewpartner*in)

Abschließend bleibt festzuhalten, dass Neuzugewanderte sich langfristig nur dann engagieren können, wenn sie sich auch selbstbewusst und gestaltend einbringen können.

Bei der Online-Umfrage gaben lediglich 44 Personen an, nicht in Deutschland geboren zu sein. Davon waren nur 10 Personen nach dem Jahr 2000 nach Deutschland eingereist und können somit im weitesten Sinne noch als Neuzugewanderte gelten. Wir gehen davon aus, dass Personen, die bereits länger in Deutschland leben, anhand der strukturellen Rahmenbedingungen und der Lebenslage als Einfluss auf die Ausübung eines Engagements mit in Deutschland geborenen Personen weitgehend vergleichbar sind. Aufgrund der niedrigen Fallzahlen ist hier eine quantitative Auswertung der Daten nach neuzugewanderten Personen nicht aussagekräftig. Bei den qualitativen Interviews war es für uns faktisch nicht schwerer, an Interviewpartner*innen mit Migrations- oder Fluchthintergrund zu kommen, als an einheimische Personen. Von den sechs explorativen Interviews waren zwei Personen in den vergangenen Jahren neu zugewandert und hatten Fluchthintergrund und eine Person hatte einen familiären Migrationshintergrund. Abhängig von ihrer sozialen Teilhabe in der Gesellschaft und ihrem Umfeld hatten sie sich Betätigungsfelder gesucht, in denen sie sich aktiv einbringen konnten. Man kann davon ausgehen, dass sich die Form des ehrenamtlichen Engagements und das Ausmaß der gesellschaftlichen Teilhabe jeweils gegenseitig bedingen und verstärken. Somit führt das ehrenamtliche Engagement der Geflüchteten zu verbesserter Integration, während die verstärkte Integration zu neuen Engagementgelegenheiten führt (vgl. Huth 2011: 444 f.).

Sich die Motivation von Ehrenamtlichen zu betrachten, ist sehr aufschlussreich für die weiterführenden Themen in der Zusammenarbeit mit freiwillig engagierten Menschen. Es ist davon auszugehen, dass die Art der Motivation, die Menschen dazu bringt, sich ehrenamtlich zu engagieren auch eng mit den Auslösern für Frustration zusammenhängt und auch der Hintergrund für die Form der Wertschätzung ist, die den aktiven Personen wichtig ist. Dies konnten wir bei der Auswertung der qualitativen Interviews feststellen und wird hier beispielhaft dargestellt:

Interviewperson zur Motivation:

„Die interviewte Person sieht ihre humanistische Erziehung/ Grundeinstellung als eine grundlegende Motivation, um sich ehrenamtlich für Flüchtlinge zu engagieren. Ihr Grundsatz lautet: Die Werte Europas und die Menschenrechte sowie die Demokratie müssen gesichert werden. Mit ihrem Engagement möchte sie für eine tolerante und demokratische Gesellschaft eintreten und das schützen, was wir bisher erreicht haben“.

Interviewperson zur Wertschätzung:

„Besuche von Vertretern bzw. Vertreterinnen des Integrationsministeriums vor Ort werden als sehr wichtig empfunden“.

*„Wertschätzung bedeutet für den/ die Interviewpartner*in, gehört zu werden. D.h., Vorschläge und Anregungen der Ehrenamtlichen wahrzunehmen, anzuerkennen, darüber zu beraten und sie letztlich auch konkret umzusetzen“.*

Interviewperson zur Frustration:

*„Durch die Dublin-Verordnung (1993) wurde das Engagement im Bereich der Geflüchtetenhilfe erschwert. Trotz kleiner Erfolge sieht der/ die Interviewpartner*in die seit 2016 zunehmende Asylrechtsverschärfung als eine Rückentwicklung an (,Roll-Back-Politik‘). Das entmutigt viele Ehrenamtliche, weshalb auch ein Rückgang des ehrenamtlichen Engagements zu erkennen ist“.*

Die Motivation für die ehrenamtliche Tätigkeit ist hier auf gesellschaftspolitischer Ebene angesiedelt und mit dem Wunsch verbunden, durch das eigene Engagement etwas in Richtung der eigenen Idealvorstellung von gesellschaftlichem Zusammenleben beizutragen. Auf der gleichen Ebene können hier der Wunsch nach Wertschätzung und empfundenen Frustrationserlebnissen angesiedelt werden. Beide bewegen sich entlang der politischen Situation und der Wahrnehmung durch die politischen Akteure.

Frustration und Belastungserfahrungen können dazu führen, dass Ehrenamtliche ihr Engagement beenden oder sich ein anderes Tätigkeitsfeld suchen. Wir sehen jedoch anhand der hohen Anzahl der Personen, die in der Online-Umfrage angegeben haben, dass sie seit 2015/2016 engagiert sind, dass doch viele auch über den Zeitraum der akuten Hilfe hinaus engagiert geblieben sind. Wir vermuten, dass die Personen langfristig engagiert bleiben, die wirklich komplexe Integrationsarbeit machen wollen, während sich diejenigen, die praktische Erstversorgung anbieten wollen, sich nach und nach zurückziehen.

Empfehlungen:

- Vermittlungsstellen für Engagement könnten einen stärkeren Fokus auf die Information zur ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit legen. Um auch neuzugewanderte Menschen zu erreichen und für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen, braucht es aufsuchende Angebote ohne normativen Druck und insbesondere zugängliche Informationen in verschiedenen Sprachen.

6.2.2 Konflikte und irritierende Ereignisse im Ehrenamt

Bei der Frage nach den Belastungen, die im Ehrenamt auftreten, sind die Konflikte scheinbar ein verschwindender Faktor. Nur 1,4% der Befragten nennt Konflikte mit anderen Ehrenamtlichen als Herausforderung, ebenfalls sehr geringe 1,7% sieht Konflikte mit Flüchtlingen als problematisch. Mit 10 % an zweiter Stelle bei den Herausforderungen findet sich das Aushalten der Frustration bei

Rückschlägen. Beim Ranking der Hauptbelastungen landet dieser Faktor auf Platz drei und somit ebenfalls weit oben auf der Skala. Offenbar werden viele Frustrationen von den Ehrenamtlichen selbst nicht als Konflikt wahrgenommen, sondern unter Frustrationen und auch Rückschlägen verbucht. Welche Rückschläge dies sind, wurde in der Online-Befragung nicht erhoben. Jedoch gab es mehrere offene Antwortmöglichkeiten, die von den antwortenden Personen für persönliche Anmerkungen genutzt wurden, und die vor allem bei der Frage nach Frustrationen und Irritationen recht gut Auskunft geben.

Zur Einordnung der Antworten aus den Themenbereichen ‚Erwartungen an die Flüchtlinge und Enttäuschungserlebnisse‘ nutzen wir ein Modell der Kategorisierung nach Konfliktgegenständen von Zick et al. In diesem Modell, das auf Basis einer qualitativen Studie über Konflikte im Ehrenamt der Flüchtlingshilfe entstanden ist, werden fünf verschiedene Konfliktgegenstände zur Einteilung genutzt.

In der Kategorie **Autonomie versus Fürsorge und Vereinnahmung** (Zick et al. 2018: 27) geht es um die Art des Betreuungsverhältnisses zwischen den Ehrenamtlichen und den Flüchtlingen.

„Ehrenamtliche und professionelle Flüchtlingshilfe sollte stets das übergeordnete Ziel der Autonomie der Flüchtlinge in ihrer neuen Umgebung verfolgen. D.h., Freiwillige sollen praktische Hilfestellungen zur Selbsthilfe geben und bilden damit einen Teil der gesellschaftlichen Querschnittsaufgabe zur Integration geflüchteter Menschen ab.“ [...] Teilweise führen solche Betreuungsverhältnisse aber wechselseitig zu Konflikteskalationen [...].“ (Zick et al. 2018: 27 ff.)

„Es macht mich ratlos, wenn Flüchtlinge nicht oder falsch auf Hilfestellungen reagieren.“ (Zitat aus Online-Befragung)

Die zweite Kategorie **Interkulturelle Konflikte** entsteht daraus, dass Flüchtlinge, die in Deutschland vorherrschenden Normen und Werte (noch) nicht gänzlich kennen und nach eigenen Wertesystemen handeln und entscheiden. Konflikte entstehen dann, wenn Flüchtlinge nicht entsprechend der Vorstellungen der Ehrenamtlichen handeln oder wenn Wissen und Toleranz gegenüber unbekanntem Lebensstilen fehlt (Zick et al. 2018: 28).

„Die Integration ist gescheitert. Für die meisten Flüchtlinge ist es viel wichtiger, bei ihren eigenen Landsleuten integriert zu werden und mit ihnen ihre Traditionen, besonders im Glauben, weiter auszuleben. Flüchtlinge, die sich da nicht anpassen und unterordnen, oder die guten Kontakt zu Deutschen haben und pflegen wollen, werden auf ärgste Weise gemobbt. Das Entstehen von Parallel-Gesellschaften überall ist nicht mehr aufzuhalten.“ (Zitat aus Online-Befragung)

In der Konfliktkategorie **Geschlechterverhältnisse** entstehen die Konflikte insbesondere aus den unterschiedlichen Auffassungen des Verhältnisses von Frau und Mann. Ehrenamtliche können zudem die zum Teil von ihnen wahrgenommene Unterdrückung geflüchteter Frauen seitens ihrer Männer schwer ertragen. (Zick et al. 2018: 29)

„Ich bin auch enttäuscht über viele Flüchtlinge - die, kaum sind sie hier angekommen bzw. installiert, ein ganz anderes Gesicht zeigen! Von Integration kann bei den wenigsten die Rede sein! Vor allem das Macho-Gehabe und die Dominanz der Flüchtlings-Männer, die häusliche Gewalt und die Schwarzarbeit - stören mich ungemein!“ (Zitat aus Online-Befragung)

„Wenn die Flüchtlinge bereit zu mehr Integration wären. Speziell Mädchen sehe ich gefangen in ihrer kulturellen Blase. Sie bringen kaum Neigung mit sich zu bilden oder Neues kennenzulernen.“ (Zitat aus Online-Befragung)

Konflikte entstehen in der Kategorie **Anerkennung und Erwartungen** durch die wechselseitig entgegengebrachte Anerkennung und Erwartung im Beziehungsverhältnis zwischen ehrenamtlichen Akteuren und Flüchtlingen. Flüchtlinge setzen z.T. hohe Erwartungen in Ehrenamtliche was zur Vereinnahmung führen kann. Ehrenamtliche fordern wiederum von den Flüchtlingen ein, sich an in Deutschland geteilte Norm- und Wertvorstellungen anzupassen und sich an diese zu halten (bspw. Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit). Nicht erfüllte Erwartungen führen dann zu Frustrationen und Konflikten. Langwierige Asylverfahren, Schwierigkeiten beim Spracherwerb usw. können bei Flüchtlingen zu Frustrationserlebnissen führen (Zick et al. 2018: 30).

„Mit den Flüchtlingen muss klar und deutlich vereinbart und kommuniziert werden, was wir als Gesellschaft erwarten, dass sie die Sprache unbedingt lernen müssen, bei Fehlverhalten muss über Sanktionen nachgedacht werden. Nicht nur nehmen, auch geben, sonst ist die Sache zu einseitig.“ (Zitat aus Online-Befragung)

„Nur wenige Flüchtlinge bringen sich selbst ein, oft wird alles nur erwartet, dass auch noch in fordernder Form, die eigenen Netzwerke der Flüchtlinge sind oft kontraproduktiv, Flüchtlinge grenzen sich auch wegen sprachlichen Problemen von deutschen Mitbürgern ab. Deutschland hat aus der türkischen Invasion seiner Zeit nichts gelernt, wir werden in Zukunft mit dem Problem von eigenständigen Kulturen haben, die nicht integriert werden können.“ (Zitat aus Online-Befragung)

„[Es braucht] Gesprächskreise, damit die Flüchtlinge lernen, wie man hier in Deutschland denkt, glaubt und urteilt. Themen sollten behandelt werden, wie: Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, die Rangstellung von Religion in unserem Rechtsstaat, Angemessene Kleidung in Deutschland.“ (Zitat aus Online-Befragung)

In der Kategorie **Gleichbehandlung** geht es vor allem um Konflikte die aus Situationen der unterschiedlichen Einordnung einzelner Flüchtlinge oder Flüchtlingsgruppen resultiert. wenn Ehrenamtliche Probleme mit der gleichwertigen Wahrnehmung und Behandlung von Flüchtlingen haben. „Teilweise entsteht der Eindruck, dass es unter Ehrenamtlichen ein Geflüchteten-Ranking gibt. [...]. Dabei wird zum Teil der unter den Geflüchteten vorherrschende Rassismus noch verstärkt bzw. auch Konflikte unter ehrenamtlichen Akteuren angeheizt“ (Zick et al. 2018: 32). Fordern Flüchtlinge eine Gleichbehandlung durch die Ehrenamtlichen ein, kann dies auch zu Konflikten führen.

„Ich würde mir wünschen das die Flüchtlinge sich mehr Mühe geben würden Deutsch zu lernen, damit sie besser eine Arbeit finden würden. Was ich festgestellt habe ist das viele nicht arbeiten wollen, das viele Drogen konsumieren. Aber es gibt auch sehr gute die Arbeiten wollen und sich gerne helfen lassen! Ich werde nicht aufgeben und weiterhelfen. Am meisten liegt mir an den Kindern die brauchen die Hilfe!“ (Zitat aus Online-Befragung)

„Ich betreue ein iranisches Ehepaar, die beide eine Lehrstelle gefunden haben, ihren Führerschein machen, alles klappt gut. Dann noch um eine Somalierin mit jetzt 2 Kindern. Ich verstehe nicht, wie diese Frau Urlaub bei ihrem Mann machen konnte in Uganda, schwanger zurückkam, und jetzt wieder hier lebt. Das Jobcenter zahlt alles. Ich frage mich, ob ihr Mann mehrere Frauen hat?? Ich fühle mich und unsere Gesellschaft ausgenutzt und kümmerge mich nur der Kinder wegen weiter um die junge Frau.“ (Zitat aus Online-Befragung)

Die Zitate aus der Online-Befragung zeigen deutlich, dass es hier durchaus Konfliktsituationen gibt, auch wenn nur eine so geringe Zahl der Befragten, wie oben dargestellt, von Konflikten berichtet. Wir sehen in diesen Zitaten zum einen Anzeichen starker Frustration, die entstanden ist und die neben einer Quelle der Belastung (siehe oben: Das Aushalten der Frustration bei Rückschlägen) für die Ehrenamtlichen auch einer der Gründe für eine Beendigung des ehrenamtlichen Engagements darstellen können.

Zum anderen ist uns aber auch wichtig hier auf die Haltungen und Einstellungen der Personen einzugehen, die im direkten Kontakt mit Flüchtlingen und mit dem Ziel, diese in die hiesige Gesellschaft zu integrieren, arbeiten. Wir sehen hier eine deutliche Tendenz dazu, gelungene Integration als Wissen über- und Anpassung an Verhaltensweisen, Regeln und Normen der Herkunftsgesellschaft zu verstehen. Dieses „Erklären, wie das Leben in Deutschland funktioniert“ ist neben der Sichtweise darüber, was für die Integration der Flüchtlinge getan werden muss, auch oft Teil der Motivation der ehrenamtlich tätigen Personen und die Rolle, die sie für sich sehen.

Jedoch darf hier nicht übersehen werden, dass die Gefahr besteht, dass diese Beziehungen nicht auf Augenhöhe stattfinden. Das Selbstverständnis mancher Ehrenamtlicher als ‚Erklärer‘ gesteht den Neuzugewanderten nicht zu, eigene autonome Entscheidungen zu treffen und selbst zu wissen, was für sie selbst das Beste ist. Besonders deutlich wird dies in einigen der obenstehenden Zitate aber auch in Bezeichnungen wie „meine Flüchtlinge“ oder „mein Schützling“.

Es muss uns bewusst sein, dass bei einigen dieser Aussagen – gewollt oder ungewollt - paternalistische Grundeinstellungen zugrunde liegen.

Ein Befund, der auch in anderen Bundesländern unter Ehrenamtlichen beobachtet wurde, wie folgendes Zitat nahelegt:

„Es gibt die einen, die Flüchtlinge einbinden und ihnen helfen wollen, einen guten Start in Deutschland zu erleben. Und es gibt die anderen, die durch ihr Engagement eine Form von Kontrolle über die Flüchtlinge ausüben wollen. Die Integration soll gleich den „richtigen“ Weg nehmen und in „geordneten Bahnen verlaufen; die „deutsche Lebensart“ soll von Anfang an richtig gelernt werden.“ (Koordinierungsstelle Schleswig-Holstein)

Ziel muss daher sein, Vorurteile und Ängste abzubauen und paternalistische Handlungsmuster zu überwinden. Es gilt, diese Muster auf den Prüfstand zu stellen und respektvoll wie sensibel mit denjenigen, die sich engagieren wollen an der Haltung zu arbeiten. Dies funktioniert z.B. im Kontakt der politischen Akteure mit den Ehrenamtlichen, im regelmäßigen Dialog und der Auseinandersetzung und dadurch, dass die relevanten Akteure selbst Haltung zeigen. Sinnvoll aber nicht ausreichend, sind dabei die bereits angebotenen und wenig genutzten „Interkulturellen Trainings“, da man damit in der Regel nur diejenigen erreicht, die sich bereits mit der Thematik auseinandersetzen.

Wichtig ist hier auch, die Flüchtlinge selbst einzubinden und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich in eigenen Strukturen für ihre eigenen Belange einzusetzen. Dies darf jedoch nicht in Form eines Pseudo-Paternalismus geschehen, indem Flüchtlinge dazu motiviert werden, ihre eigenen (ungenutzten) Ressourcen einzusetzen, um dann quasi „alles“ erreichen zu können. Im Pseudo-Paternalismus wird suggeriert, dass die betreffenden Personen ihre Geschicke einzig selbst in der Hand hätten und jegliche Schwierigkeiten nicht strukturell sind, sondern im Grunde selbst verschuldet, durch ihre eigenen nicht genutzten Stärken. Empowerment wird dadurch zur Aufforderung. Gesellschaftliche und

sozialpolitische Ungleichheiten und Problematiken werden somit aus der Argumentation verdrängt (vgl. Aumair 2020).

„Damit Empowerment Emanzipation sein kann, müssen den Menschen [...] die Strukturen geboten werden, damit sie entdecken können, was ihre Wünsche und Bedürfnisse sind. Es müssen Räume geschaffen werden, in denen sie diese artikulieren können, und es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, diese Wünsche und Bedürfnisse umzusetzen.“ (Aumair 2020)

Dies muss auch dann möglich sein, wenn die Wünsche und Bedürfnisse der Flüchtlinge den Erwartungen des Umfelds nicht entsprechen.

Empfehlungen:

- Politische Akteure, sowohl auf lokaler als auch auf Landesebene müssen mit ihrer Haltung zeigen, dass gleichberechtigte Partizipation immer das Ziel von Integrationsarbeit sein muss und Maßnahmen ergreifen, die dazu anstoßen und darin begleiten, paternalistische Handlungs- und Denkmuster aufzubrechen und abzubauen.

6.2.3 Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen, die ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit begünstigen sind vom Grunde her die gleichen, wie sie für bürgerschaftliches Engagement im Allgemeinen gelten. Faktoren, die Engagement erleichtern sind zunächst vier grundlegende Aspekte: 1. Niedrigschwellige, zugängliche soziale Orte, die dem Kontakt dienen; 2. Gesicherte langfristige Finanzierung bzw. das Wissen über Finanzierungsmöglichkeiten; 3. Aktive Schlüsselpersonen; sowie 4. Lokale und überregionale Vernetzung (Dieckmann und Eckes 2019: 20f). Alle vier Faktoren finden sich vor allem in unseren qualitativen Interviews als zentrale Themen ebenso wieder.

Das Thema **soziale Orte** wurde in den Interviews mit den Ehrenamtlichen mehrfach angesprochen.

„Mit mehr Unterstützung könnte bspw. ein Haus für interkulturelle, interreligiöse, politische Begegnungen geschaffen werden. In diesem Haus könnten verschiedene Projekte zur Förderung demokratischen Zusammenlebens in der Stadtgesellschaft ihren Platz finden.“ (Ehrenamtliche/r Interviewpartner*in)

„Hätte der Verein entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung, bestünde ein großes Interesse darin, eine Begegnungsstätte zu initiieren. Diese Stätte sollte ohne ein festes bzw. spezifisches Thema konzipiert sein und offen für jede und jeden sein.“ (Vereinsvertreter*in)

Begegnungsorte sind bereits jetzt in Rheinland-Pfalz Teil der Umsetzungsstrategie in der Flüchtlingsarbeit. Von der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ werden Ehrenamtliche bei der Einrichtung und Betreibung von Begegnungsorten beraten und unterstützt. Auch wurde eine Gruppe von Personen aus diesen Einrichtungen eingerichtet, die sich zum Austausch und zur Vernetzung regelmäßig treffen. Diese Form von Vernetzungsarbeit sollte unbedingt weitergeführt werden. Das Integrationsministerium fördert bereits Projekte, die die Begegnung von Flüchtlingen mit der Mehrheitsgesellschaft fördern und hat angekündigt, dies im aktuellen Jahr noch auszubauen. Die Ministerin Anne Spiegel erklärte beim Fachtag für Ehrenamtliche am 18.10.2019: „Bereits im nächsten Jahr wollen wir Begegnungsorte als Orte des Gemeinwesens schaffen und gemeinsam mit der Koordinierungsstelle passende Konzepte und Veranstaltungen

entwickeln.“ (Pressemitteilung MFFJIV, 18.10.2019) Dieses Ziel ist basierend auf den Erkenntnissen der Studie empfehlenswert, da Begegnungsorte wichtiger Teil des Gemeinwesens sind und nicht nur die Begegnung verschiedener Bevölkerungsgruppen auf Augenhöhe befördern, sondern auch einen Beitrag zum Leben im Quartier bzw. Dorf leisten. Zudem bieten niedrigschwellige Kommunikationsorte die Gelegenheit Vorurteile und Ressentiments abzubauen und gemeinsam Neues zu gestalten.

Schwierigkeiten bei der Einrichtung von Begegnungsorten gibt es insbesondere bei der Suche nach geeigneten Räumen⁶ und der finanziellen Förderung. Aber auch Fragen danach, wer das Projekt letztlich betreibt, welche Akteur*innen unbedingt mitgestaltend und/oder unterstützend eingebunden sein sollten und wie die Sichtbarkeit erhöht werden kann, beschäftigen diejenigen, die sich bereits für einen solchen Ort engagieren oder dies planen. Aufgabe ist es hier, den engagierten Personen gute Rahmenbedingungen zu schaffen, aber auch die notwendigen Informationen und Umsetzungshilfen an die Hand zu geben, um einen Begegnungsort in ihrer Gemeinde oder ihrem Stadtquartier erfolgreich zu gestalten.

Die **gesicherte Finanzierung** ist für gute und langfristige Integrationsarbeit von hoher Bedeutung. Die Integration von neuzugewanderten Menschen darf nicht nach der Grundversorgung aufhören, sondern muss auch die komplexen Lebensbereiche wie Arbeit, Familie und Partizipation einbeziehen. Hier ist notwendig, dass sich alle relevanten Akteure dieser Aufgabe und ihrer Verantwortung bewusst sind. Integration muss auf allen Ebenen mitgedacht werden. Neben guter Abstimmung der staatlichen Akteure, müssen auch weitere nachhaltige Fördermöglichkeiten mitgedacht und gut in die Strategie integriert werden.

Dafür ist es notwendig, aktuelle und gut auffindbare Informationen über finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten bereitzustellen und den Initiativen der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit auch eine Beratungs- und Unterstützungsstruktur zur Verfügung zu stellen. Es wird aus den Interviews und Gesprächen deutlich, dass die Beantragung von Fördermitteln für viele Initiativen ein extrem hoher Ressourcenaufwand ist, der oft nicht im Verhältnis zum erwarteten Nutzen steht.

Es ist denkbar, die Aufgabe der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ auf dieses Thema auszuweiten und entsprechend zu verstärken, so dass Ehrenamtliche hier eine*n zentralen Ansprechpartner*in für Fragen der Finanzierung und Förderung hätten.

Zur gesicherten Finanzierung gehört unter anderem auch die Kostendeckung der ehrenamtlichen Tätigkeiten. Wie wir auch bei den Fragen der Anerkennung ansprechen, gibt es Ehrenamtliche, die in ihre Tätigkeiten auch finanziell investieren und für die unbürokratische Instrumente der Kostenerstattung notwendig sind. Damit ist nicht der finanzielle Ausgleich für investierte Zeit gemeint, sondern Auslagen wie Fahrtkosten, Lernmaterial oder Ähnliches.

Wie bedeutsam **aktive Schlüsselpersonen** sind, zeigt sich insbesondere im ländlichen Raum. Dort hängt der Erfolg von Aktivitäten für die Integration von Flüchtlingen nicht selten daran, dass eine oder wenige Personen sich dem Thema annehmen und sowohl die Umsetzung vorantreiben, als auch andere motivieren, sich zu beteiligen und mitzugestalten.

⁶ Bei Ehrenamtlichen gibt es in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass es sich um neutrale Räume handeln soll, wenn man Flüchtlinge gut erreichen will. Dafür wäre zu diskutieren, was unter „neutralen Räumen“ verstanden wird und welche Bedingungen unabdingbar sind.

„Die Rolle die eingenommen wird, kann am besten mit der des Entertainers beschrieben werden. Durch die Motivation und den Anschub, die sie [die Interviewperson] anderen Menschen gibt, werden sie zum Engagement bewegt und dieses hat wiederum schöne und wichtige Aktionen zur Folge. Ohne diese Bemühungen ihrerseits würden sich entsprechend wesentlich weniger Ehrenamtliche engagieren und weniger Aktionen verwirklicht werden.“
(Ehrenamtliche/r Interviewpartner*in)

Ohne die aktiven Schlüsselpersonen wird entsprechend weniger bewegt. Diese Menschen brauchen Rückendeckung und Bestärkung in ihrem Handeln durch aktive Einbindung in transparente Prozesse, gute Vernetzungsstrukturen und die Anbindung an die zentralen Akteure in Politik und Verwaltung. Auch die landesweite Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ ist für diese Schlüsselpersonen zentrale Anlaufstelle und dient der Vernetzung.

Eine Form wie diese Einbindung umgesetzt werden kann, war der vom Integrationsministerium durchgeführte Fachtag für Ehrenamtliche am 18.10.2019. Hierbei wurden gezielt Ehrenamtliche aus Initiativen der Flüchtlingshilfe in Rheinland-Pfalz zum Austausch und Mitreden an zentralen Themen eingeladen. Neben der Anerkennung ihrer Bemühungen, stand hier vor allem im Vordergrund, den aktiven Personen zu zeigen, dass ihre Expertise für die Situation vor Ort gehört und aufgenommen wird und politische Entscheidungen aus gemeinsamen Überlegungen entstehen können. Gelungene Formate dieser Art sollten regelmäßig durchgeführt werden, so dass die Ehrenamtlichen thematisch einbezogen sind, aber auch den Raum erhalten, ihre Positionen einzubringen. Um das Potential dieser Formate zur Wertschätzung und Anerkennung voll zu nutzen, gehört dazu auch, in einem gewissen Abstand nach der Veranstaltung oder auf der Folgeveranstaltung ein Feedback zu geben, was aus den Anregungen geworden ist: Was aus welchen Gründen nicht realisierbar war, was umgesetzt wurde und welche Aspekte eventuell eine Entscheidung beeinflusst haben.

Darüber hinaus tragen Veranstaltungen wie dieser Fachtag auch zur **regionalen und überregionalen Vernetzung** bei. Auch dies konnten wir in den Interviews mehrfach als Bedarf identifizieren. Die bestehenden Vernetzungsangebote der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ werden weitgehend positiv bewertet und der Wunsch nach Vernetzung ist groß. Nützlich sind insbesondere themenbezogene Vernetzungstreffen, bei denen sich Personen mit vergleichbarem Aufgabenfeld treffen und austauschen.

Grundsätzlich halten wir im Zusammenhang guter Rahmenbedingungen auch die Zugänglichkeit von Informationen für zentral. Dabei geht es zum einen darum, dass die Informationen, die Ehrenamtliche bei der Begleitung unterstützen, leicht auffindbar sind. Dafür eignen sich vor allem digitale Angebote, die möglichst barrierefrei für Ehrenamtliche nutzbar sein sollen, um sich gut zu informieren. Jedoch dürfen hier keine Überforderung und auch keine Professionalisierung des Ehrenamts stattfinden. Ehrenamt muss ohne ausuferndes Fachwissen auszuüben sein. Ein Vorschlag aus einer Arbeitsgruppe des Fachtags war, die Informationsverbreitung vor allem rund um die Frage von Expert*innen und Ansprechpartner*innen aufzubauen. Denn für Ehrenamtliche kann es zwar in manchen Fällen nützlich sein, bestimmte Informationen nachzulesen, noch bedeutender aber ist es, zu wissen, welche hauptamtlichen Akteure bzw. Personen, lokal und überregional, für bestimmte Fragen oder Situationen ansprechbar sind. Dafür ist es notwendig, Spezialist*innen zu identifizieren und festzulegen, wer in welchen Situationen anzusprechen ist. Dieses Konzept kann sowohl auf lokaler Ebene wie auch auf überregionaler Ebene umgesetzt werden. Des Weiteren müssen die Informationen auch für neuzugewanderte Ehrenamtliche zugänglich und verständlich sein, wenn man diese Gruppe

besser fördern will, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dies bedeutet auch, die an Ehrenamtliche gerichteten Informationen in verschiedenen Sprachen bereit zu halten.

Ein weiterer Aspekt, der für ehrenamtliches Engagement förderlich ist, sind positive Reaktionen aus dem Umfeld. Dies scheint derzeit in Rheinland-Pfalz für die meisten Ehrenamtlichen gegeben zu sein. So geben 63 % an, dass ihr Umfeld ihrem Engagement einen hohen Stellenwert beimessen und sogar 70 % empfinden eine große Dankbarkeit der Flüchtlinge, denen ihr Engagement gilt. Selbst die Frage, ob der Arbeitgeber großes Verständnis für das Ehrenamt hat, bejahen noch 42 %. Es geben 20 % an, aufgrund ihres Engagements schon Anfeindungen ausgesetzt gewesen zu sein, dies ist jede*r fünfte Befragte. Dies halten wir für eine zu große Anzahl. Gerade das Thema Anfeindungen war in den Interviews durchaus Thema und wurde auch beim Fachtag am 18.10.2019 mehrfach angesprochen. Die Politik auf Landes- und vor allem auch auf Kommunalebene ist hier dringend gefragt, sich stärker zu positionieren, um den Ehrenamtlichen Rückendeckung zu geben. Auch für geflüchtete Ehrenamtliche sind die Reaktionen des Umfelds wichtig. Mehrfach wurde in den Interviews von Ressentiments aus der Mehrheitsgesellschaft gesprochen, die ihnen auch als ehrenamtlich Aktive entgegengebracht werden. Dies stellt für ein langfristiges Engagement ein deutliches Hindernis dar.

Ehrenamt braucht hauptamtliche Begleitung, am besten vor Ort, aber auch durch überregionale fachliche Strukturen. Diese Begleitung dient zum einen dem Schutz der Ehrenamtlichen vor Überforderung aber auch vor Angriffen oder Beschuldigungen von außen. Außerdem wird in diesem Kontext der individuelle Handlungsrahmen vereinbart, auch um Konflikte zwischen Autonomie und Fürsorge zu verringern und Belastungen zu vermeiden. Des Weiteren soll dadurch eine Orientierung der Ehrenamtlichen gewährleistet werden, durch Vermittlung von Wissen aber auch durch Austausch. Und zudem geht es auch um die authentische Anerkennung und kommunikative Begleitung der Ehrenamtlichen in ihren Tätigkeiten (Franz Hamburger beim Fachtag am 18.10.2019).

„Langfristiges Engagement hängt von der eigenen Motivation ab. Wenn man länger dabeibleibt, wird man eigentlich schon Profi. Dafür ist jedoch Reflektion und Austausch notwendig, der durch hauptamtliche Begleitstrukturen gewährleistet sein muss. Es braucht eine hauptamtliche Struktur zur Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort.“
(Koordinierungsstelle Schleswig-Holstein)

Für neuzugewanderte Ehrenamtliche sind weitere Rahmenbedingungen von Bedeutung, damit sie sich freiwillig engagieren können. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass die Lebenssituation nach erfolgter Einwanderung zunächst in vielen Bereichen Planung und Aktivität erfordert. Menschen, die in unsicheren oder belastenden Verhältnissen leben, können nur schwer noch Ressourcen für ein freiwilliges Engagement aufbringen. Auch wenn, wie oben gezeigt, Flüchtlinge von ehrenamtlicher Tätigkeit in ihrem Integrationsprozess profitieren können, darf dies nicht als Forderung an die Neuzugewanderten im Raum stehen. Es ist hier vor allem die Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft und der politischen Akteure, die Lebensbedingungen der Neuzuwanderer so zu gestalten, dass ehrenamtliches Engagement gut durchführbar ist.

Empfehlungen:

- Die erfolgreiche bestehende Vernetzungsarbeit für Begegnungsräume sollte weitergeführt werden. Es sollte betrachtet werden, an welchen Stellen Rahmenbedingungen für die Einrichtung und Umsetzung von Begegnungsangeboten verbessert werden können und in welcher Form Informationen für die erfolgreiche Umsetzung angeboten werden können.
- Es wird angeregt zu prüfen, ob die seit diesem Jahr bestehende Aufgabe der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ Ehrenamtsinitiativen bei der Beantragung von Fördermitteln zu beraten und zu begleiten, ausgebaut werden kann.
- Politische Akteure sollten Ehrenamtliche regelmäßig anhören und sie in den politischen Diskurs einbinden. Dies fördert den Dialog und die Motivation für die freiwillige Arbeit. Gelungene Formate, wie der 2019 angebotene Fachtag des Integrationsministeriums, sollten weitergeführt werden.
- Von Seiten der Politik könnten zentrale Ansprechpartner*innen benannt und bekannt gemacht werden, die Ehrenamtlichen für verschiedene Themen zur Verfügung stehen. Zudem sollten Informationen zur ehrenamtlichen Arbeit in der Flüchtlingshilfe und zum Integrationsprozess aufbereitet und in verschiedenen Sprachen zur Verfügung gestellt werden.
- Die politischen Akteure auf lokaler und Landesebene müssen sich klar und proaktiv gegen rechte Haltungen positionieren, um Ehrenamtlichen und v.a. engagierten Neuzuwanderern die notwendige Rückendeckung zu geben.

6.2.4 Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe

Ein zentrales Thema in den Interviews sowie in der Online-Befragung war die Frage nach Belastungen und Hindernissen in der ehrenamtlichen Arbeit. Zum einen gibt dies Aufschluss darüber, warum sich aktive Personen aus der Ehrenamtsarbeit zurückziehen, zum anderen werden dadurch Stellen erkennbar, an denen die freiwillige Unterstützung von Flüchtlingen entlastet werden kann.

Als größte Herausforderung (73 %) werden von den Befragten bürokratische Barrieren und bürokratischer Aufwand genannt. Mit großem Abstand folgt als Herausforderung dann erst das Aushalten der Frustration bei Rückschlägen (40 %) und mit 38 % die Komplexität der Integrationsarbeit. Je etwa ein Drittel der Befragten gab außerdem an, dass emotionale Belastung (33 %), die ablehnende Haltung der Gesellschaft (31 %) und mangelnde Zeit (29 %) Herausforderungen für ihr Engagement darstellen.

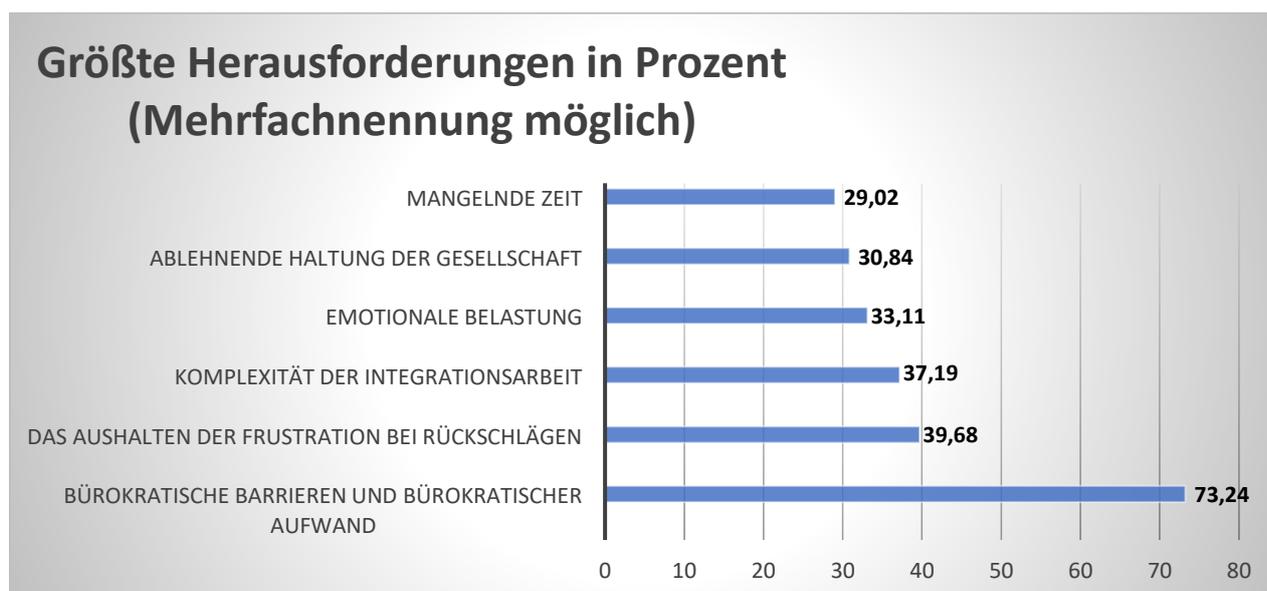


Abbildung 5: Die größten Herausforderungen der Befragten in ihrem Engagement, eigene Darstellung.

Weil Herausforderungen nicht notwendigerweise auch als Belastungen empfunden werden müssen, wurde nach den stärksten Belastungen gefragt. Da zeigt sich, dass die am Häufigsten genannte Herausforderung „Bürokratische Barrieren und bürokratischer Aufwand“ von einer Mehrheit (66 %) auch als größte Belastung empfunden wird. Von bedeutend weniger Personen werden emotionale Belastungen (28 %), die mit dem ehrenamtlichen Engagement in der Flüchtlingshilfe verbunden sind, sowie das Aushalten der Frustration bei Rückschlägen (26 %) als Belastung benannt.

Tabelle 4: Die drei größten Belastungen der Befragten in ihrem Engagement.

Top 3 Belastungen	
Bürokratische Barrieren und bürokratischer Aufwand	66 %
Emotionale Belastung	28 %
Das Aushalten der Frustration bei Rückschlägen	26 %

Angesichts des deutlichen Ergebnisses haben wir genauer betrachtet, um was es bei bürokratischen Barrieren in der Flüchtlingshilfe denn konkret geht. Dafür wurde insbesondere die Auswertung der Interviews mit Ehrenamtlichen herangezogen, da dort an einigen Stellen näher darauf eingegangen wird, was alles unter den Begriff der Bürokratie und bürokratischer Barrieren im Zusammenhang mit der Flüchtlingshilfe fallen könnte.

Eine der bürokratischen Hürden, die benannt werden, sind die Finanzierungsfragen, auf die an anderer Stelle bereits eingegangen wurde. Die Suche nach Fördermöglichkeiten und die Beantragung von Mitteln zur Finanzierung der Initiative aber auch zur Kostenerstattung sind sehr ressourcenaufwendig und oft wenig ertragreich. Ein weiterer Aspekt, der als großer bürokratischer Aufwand empfunden wird, sind die Antragstellungen in Behörden. Benannt werden die Kompliziertheit der Anträge und die aufwändigen Nachweispflichten.

Oft wird auch die direkte Zusammenarbeit mit den Behörden in den Interviews thematisiert. Hier wird die häufige Unklarheit bezüglich zuständiger Ansprechpartner*innen und die fehlende Koordination

und Zusammenarbeit zwischen den Behörden als Problem benannt, ebenso wie die Weiterverweisung zwischen Sachbearbeiter*innen oder Behörden, die häufig zu großem Zeitaufwand aber auch zu Frustration führen.

*„So gibt es zwischen den Abteilungen in den Behörden und untereinander häufig genug keine Transparenz über die Zuständigkeiten und man verliert sich öfter in den Verweisungen des/der einen Kolleg*in zum/zur anderen usw.“ (Ehrenamtliche/r Interviewpartner*in)*

Dazu kommt aber auch die Unzufriedenheit über die Art des Umgangs miteinander in den Behörden. Dies bezieht sich zum einen auf die Haltung der Mitarbeiter*innen gegenüber den Flüchtlingen und Ehrenamtlichen, aber zum anderen auch auf die Dienstleistungsbereitschaft in den Häusern, sich bspw. die Zeit zu nehmen, Dokumente zu erklären, Fragen zu stellen und zu beantworten, Gelegenheit zum Nachreichen von Papieren zu geben aber auch in Konfliktfällen die Möglichkeit zum Sachbearbeiter*innenwechsel einzuräumen. Auch Beschwerdestellen werden oft als schwer erreichbar empfunden. Eine offenere und serviceorientiertere Atmosphäre könnte den Flüchtlingen die häufig vorhandene Angst vor Behörden stückweise nehmen und somit den Ehrenamtlichen das Engagement erleichtern.

In der Online-Befragung zeigt sich ebenfalls, dass die Belastung durch bürokratische Barrieren vor allem im Bezug zur direkten Umsetzung der ehrenamtlichen Aktivitäten steht. „Flüchtlinge bei Behördengängen unterstützt“ ist die am zweithäufigsten genannte Tätigkeit und hat seit 2015 sogar noch zugenommen. Allerdings sehen nur 23 % derjenigen, die bei Behördengängen unterstützen, ihre Anregungen, Ideen und Vorschläge von hauptamtlichen Akteuren ausreichend wahrgenommen und berücksichtigt. Eine recht hohe Anzahl fühlt sich demnach nur teilweise oder nicht ausreichend ernst genommen in der Zusammenarbeit mit hauptamtlichen Akteuren, zu denen in großem Umfang Behörden gehören. Gleiches ist auch erkennbar bei der Betrachtung der Personen, die angeben, sich von den Behörden bei ihren Tätigkeiten allein gelassen zu fühlen. Von denjenigen, die zustimmen und voll zustimmen, dass sie sich von den Behörden alleine gelassen fühlen, gaben auch 81 % an, dass bürokratische Barrieren und bürokratischer Aufwand eine Belastung für sie darstellen.

Es entsteht der Eindruck, dass das deutsche behördliche System auch für die meist langansässigen Ehrenamtlichen als kompliziert und zeitaufwändig erachtet wird, das einen Großteil der von den Ehrenamtlichen bereitgestellten Zeit in Anspruch nimmt und vor allem auch zu Frustration führt. Ziel sollte sein, eine bessere gemeinsame Fallarbeit auf Augenhöhe und wertschätzendere Kommunikation zwischen Ehrenamtlichen und Behörden herzustellen. Nur so können beide Akteure gegenseitig voneinander profitieren.

Auch bei den Unterstützungsbedarfen wird anhand der Befragungsergebnisse ein deutliches Ergebnis sichtbar. Die Akteure mit denen Ehrenamtliche Flüchtlingshelfer im direkten Kontakt und arbeitsbezogenen Austausch sind, sind auch diejenigen, die bei der Frage nach Unterstützungsbedarf am häufigsten genannt werden. An oberster Stelle stehen da die Kommunalverwaltungen, Jobcenter und Ausländerbehörden.

Tabelle 5: Akteure, von denen sich die Befragten mehr Unterstützung wünschen.

Akteure	Absolute Verteilung	Prozentuale Verteilung
Stadtverwaltung / Gemeindeverwaltung	233	53
Jobcenter	225	51
Ausländerbehörden	215	49
BAMF	161	37
Agentur für Arbeit	139	32

Spitzenreiter sind hier mit 233 Nennungen die Kommunen. Auch in den Interviews wurden die Kommunen als Akteur besonders hervorgehoben, insbesondere bei Fragen nach Interesse an und Anerkennung der geleisteten Arbeit, aber auch bei direkten Fragen der Umsetzung der Aktivitäten, wie der Bereitstellung von Räumlichkeiten, Finanzierung von Initiativen bspw. über die Integrationspauschale und der Rückendeckung in der Gemeinde gegenüber politischen Anfeindungen und positive Darstellung der Arbeit. Integration passiert in der Hauptsache im direkten Lebensumfeld der Neuzugewanderten und somit im Wesentlichen in den Kommunen. Dementsprechend haben die Kommunalverwaltungen die größten Einflussmöglichkeiten. Investitionen in die Integrationsarbeit kommen aber wiederum vorrangig dem guten Zusammenleben in der Gemeinde oder dem Quartier zugute.

Auch bei der Frage nach Unterstützungsbedarfen für die ehrenamtliche Tätigkeit werden häufig Behörden und Verwaltungen adressiert, insbesondere mit Wünschen nach offenerer und zuverlässigerer Kommunikation und Zusammenarbeit. Was gezielt in mehreren Interviews angesprochen wird, ist der Bedarf nach Beschwerdestellen in Behörden, an die man sich mit Problemen und Fragen wenden kann. Des Weiteren wird sowohl in den Interviews als auch in der Online-Befragung der Wunsch nach Information und niedrigschwellig nutzbaren Instrumenten der Projektförderung sowie der Kostenerstattung genannt.

Weitere Unterstützungswünsche betreffen den Bedarf nach Beratung zu verschiedenen Themen und Fortbildungsbedarfe. Diese fallen weitgehend in das Aufgabengebiet der bestehenden Koordinierungsstelle. Es kann angenommen werden, dass der Bedarf an deren Aktivitäten höher ist als das mit den derzeitigen Ressourcen umsetzbare Angebot.

Empfehlungen:

- Es braucht eine gute Rollenklärung und Erwartungsabstimmung zwischen Haupt- und Ehrenamt, um beiden eine gute und für beide Seiten gewinnbringende Zusammenarbeit zu ermöglichen.

6.2.5 Wertschätzung und Anerkennung

Die Anerkennung der Leistungen der Ehrenamtlichen ist wichtig und notwendig, kann aber auf verschiedenen Ebenen stattfinden. Da Ehrenamtliche hier sehr unterschiedliche Vorstellungen davon haben, in welcher Form ihre Tätigkeit die angemessene Anerkennung erfährt, genügt es sicherlich nicht, nur eine Strategie der Wertschätzung zu verfolgen.

Wie bereits dargestellt, gehen wir davon aus, dass neben den Frustrationserlebnissen auch der Wunsch nach Anerkennung mit der eigenen Motivation für eine ehrenamtliche Tätigkeit zusammenhängt. Wir konnten aus den qualitativen Interviews mehrere Ebenen der Wertschätzung herausarbeiten und kategorisieren:

Ehrungen /Würdigungen: Dazu gehören Bürgerpreise, die rheinland-pfälzische Ehrennadel ebenso wie überreichte Blumensträuße, aber bspw. auch Veranstaltungen zu denen die Aktiven eingeladen werden.

Reaktionen aus dem Umfeld: Ehrenamtliche werden von ihrem Umfeld als Vorbild wahrgenommen, bekommen positive Rückmeldungen und Zuspruch. Auch die Rückmeldungen der Flüchtlinge gehört dazu.

Anreize und Kostenerstattung: Dies kann die rheinland-pfälzische Ehrenamtskarte mit gewissen Vergünstigungen sein, lokale Park- oder ÖPNV-Karten, aber auch die unkomplizierte Übernahme von eingesetzten Kosten.

Gute Zusammenarbeit: Nicht nur, aber insbesondere bezieht sich dieser Wunsch auf die direkte Arbeitsebene im lokalen Umfeld und meint das gemeinsame Bewältigen von Aufgaben mit Hauptamtlichen und das Bedürfnis ernst genommen zu werden.

Politische Unterstützung: Hier geht es um den Wunsch, von politischer Ebene gehört und gesehen zu werden, sowohl mit den getätigten Leistungen als auch mit der gewonnenen Expertise und den gemachten Erfahrungen. Auch das Bedürfnis nach politischer Rückendeckung, bspw. gegenüber rechten Anfeindungen, fällt hierunter.

Alle fünf Ebenen haben ihre Berechtigung. Die genannten Anerkennungsformen werden jedoch je nach Grundhaltung der Ehrenamtlichen gegenüber ihrer freiwilligen Tätigkeit als unterschiedlich wichtig eingestuft bzw. empfunden. Und je nach Grundhaltung der Ehrenamtlichen gegenüber ihrer freiwilligen Tätigkeit, trifft eine andere Anerkennungsform den richtigen Nerv. Aus den Interviews konnten wir jedoch den Eindruck gewinnen, dass besonders die beiden letztgenannten bei vielen Ehrenamtlichen auf ein starkes Bedürfnis stoßen.

„Ehrenamtliche wünschen sich Anerkennung von Akteuren im Hauptamt auf Augenhöhe – als Partner wahrgenommen zu werden, statt eine Abwehrhaltung zu erleben. So verstehen viele die Wertschätzung durch öffentliche Hand.“ (Koordinierungsstelle Sachsen-Anhalt)

*„Notwendig ist es, dass die Verwaltungsstellen und Behörden anerkennen, dass sie [die Interviewpartner*in] nicht nur für Flüchtlinge engagiert ist, sondern ihre Tätigkeit auch den Behörden hilft. Wenn dies geschieht und sie ernst genommen und einbezogen wird, können Aufgaben gemeinsam bewältigt und aufgeteilt werden.“* (Ehrenamtliche/r Interviewpartner*in)

Auffällig ist, dass es vermehrt den Wunsch nach finanzieller Gegenleistung der ehrenamtlichen Tätigkeiten gibt. Da eine Aufwandsentschädigung oder gar Bezahlung über reine Anerkennung hinausgeht, haben wir dies nicht den Anerkennungskategorien zugeordnet, sondern greifen es als zusätzliches Phänomen auf.

*„Ehrenamt ist in der Sache unentgeltlich. Doch zunehmend werden Nachfragen nach Aufwandsentschädigung laut. Nicht Jede*r Ehrenamtliche kann sich z.B. entstehende*

Fahrtkosten auf Dauer leisten. ‚Ich helfe gerne. Aber ich brauche finanzielle Unterstützung, zumindest für die Kosten, die entstehen, um mein Ehrenamt auszuführen.‘
(Koordinationsstelle Thüringen)

„Arbeit muss bezahlt werden, denn auch ein Ehrenamtlicher muss seine Miete bezahlen und etwas Essen.“ (Zitat aus Online-Befragung)

Wie wir oben gesehen haben, gibt es nicht selten die Aussage, dass Ehrenamtliche die Flüchtlingsarbeit gar nicht so sehr aus intrinsischen Motiven für sich als Tätigkeitsfeld gewählt haben, sondern das Erleben der Situation vor Ort ihnen subjektiv gar keine andere Wahl ließ, als sich für Flüchtlinge zu engagieren. Viele Ehrenamtliche haben den Eindruck Tätigkeiten auszuüben, die eigentlich nicht in das Feld freiwilliger Hilfe gehören, sondern Aufgabe staatlicher Akteure sein müsste. Auch andere Studien kommen zu diesem Ergebnis, wie die Untersuchung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Brandenburg von Vey und Sauer. Sie zeigen, dass ehrenamtliche Arbeit in der Flüchtlingshilfe häufig nicht als Ergänzung, sondern als Ersatz staatlicher Regelversorgung stattfindet, da die staatlichen Akteure ihren Aufgaben nur unzureichend nachkommen (vgl. 2017: 6).

„Hauptbelastung ist die Verweigerung des Staates seiner Aufgabe nachzukommen. Stattdessen wird abgewälzt, was geht.“ (Zitat aus Online-Befragung)

Diese Wahrnehmung könnte unserer Ansicht nach ein Grund sein für die zunehmende Erwartung Ehrenamtlicher nach einer finanziellen Form der Entschädigung ihrer Arbeit. Ziel sollte sein, die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe soweit zu entlasten, dass dort wieder der Fokus auf ergänzende Hilfe bei der Integration gelegt werden kann und bei den Ehrenamtlichen wieder stärker das Gefühl der Freiwilligkeit und der Freizeitbetätigung aufkommen lassen. Jedoch sollte Ehrenamt weiterhin als etwas freiwillig und unentgeltlich geleistetes verstanden werden.

„Ehrenamt ist kein Erfüllungsgehilfe und Lückenbüßer und darf politisch auch nicht so betrachtet werden. Ehrenamt soll Spaß machen und das Gefühl geben was Sinnvolles zu tun.“
(Koordinierungsstelle Sachsen-Anhalt)

Zur Anerkennung der Leistungen der Ehrenamtlichen in der Integrationsarbeit trägt auch eine positive öffentliche Darstellung bei. Dazu gehören zum einen Bekenntnisse politischer Akteure, wie der Kommunen und des Landes, aber auch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung des umfangreichen Engagements in diesem Bereich.

Auffällig ist auch, dass Neuzugewanderte sich häufig in informellen Strukturen engagieren, die weniger als Ehrenamt wahrgenommen werden.

„Ehrenamt ist ein sehr deutscher Begriff und ein deutsches Konzept. Viele Menschen in anderen Communities engagieren sich stark für andere, würden das aber nicht so bezeichnen. Das wird anders benannt und anders kommuniziert.“ (Koordinierungsstelle Schleswig-Holstein)

Dies trifft nicht nur auf Neuzugewanderte zu, auch in der langansässigen Bevölkerung findet sich in dieser Art engagierte Menschen. Es sollte verstärkt Wert darauf gelegt werden, auch diese Formen des Engagements als solches zu erkennen und zu benennen, so dass diese Aktivitäten gleichermaßen anerkannt und wertgeschätzt werden können.

Empfehlungen:

- Zur realistischen Einschätzung der Situationen vor Ort müsste geprüft werden, inwieweit die Einschätzung fehlender hauptamtlicher Strukturen belegbar ist, und wo lokaler Handlungsbedarf besteht.
- Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit des Landes zu den Erfolgen und der Umsetzung von Integrationsarbeit trägt zur Aushandlung von Vorstellungen über zukünftiges Zusammenleben bei und ermöglicht darüber hinaus die Wertschätzung der von Ehrenamtlichen geleisteten Arbeit.

6.3 Koordination

6.3.1 Koordinierungsstellen im Vergleich

Bei den Interviews mit den Koordinierungsstellen fällt auf, dass recht unterschiedliche Ansätze für die Koordinierungsarbeit gewählt werden. In Schleswig-Holstein wurden über zwei Programme gezielt sowohl Beratungsstellen für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in den 15 Landkreisen/Städten als auch lokale Koordinator*innen in den Kommunen gefördert. Zwei Ansprechpartnerinnen im Sozialministerium stehen diesen Stellen unterstützend zur Seite. Die Ehrenamtlichen werden von Seiten des Sozialministeriums nicht direkt angesprochen, sondern über die Zwischenebene der Beratungsstellen und Koordinator*innen erreicht.⁷

Ähnlich wird das in Sachsen-Anhalt gehandhabt, wobei es dort vermehrt Mischformen gibt, indem Tätigkeiten auch direkt an die Ehrenamtlichen adressiert werden. Auch in Thüringen wird ein kombinierter Weg eingeschlagen, bei dem vergleichbar zu Rheinland-Pfalz, sowohl mit Koordinator*innen als auch mit den Ehrenamtlichen direkt gearbeitet wird. In beiden Ländern gibt es lokale Koordinator*innen, die bei unterschiedlichen Trägern angesiedelt sind, die jedoch nicht vom Land eingerichtet und nicht notwendigerweise in jedem Landkreis vertreten sind. Im Saarland⁸ wird vorwiegend mit den Ehrenamtlichen selbst gearbeitet, jedoch ist dies ein Sonderfall, weil sich die Stelle auf die Arbeit in Saarbrücken konzentriert.

Ähnliche Unterschiede findet man bei der Frage, nach wessen Bedarfen die Arbeit ausgerichtet wird. Während Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein hier ausschließlich die Ehrenamtlichen benennen, werden im Saarland die Bedarfe der Flüchtlinge als Ziel der Ausrichtung der Tätigkeiten genannt.

Das Aufgabenspektrum der Koordinierungsstellen in den vier Bundesländern hat eine große Schnittmenge, es gibt aber zum Teil auch spezifische Bereiche, auf die ein Fokus gelegt wird.

Wohl die Hauptaufgabe für alle befragten Koordinator*innen ist die Vernetzung der Ehrenamtlichen bzw. der Ehrenamtskoordinatoren. In Schleswig-Holstein wurden gezielt die Stelleninhaber*innen der Beratungsstellen bei den Landkreisen/kreisfreien Städten sowie die lokalen Koordinator*innen in den

⁷ Die beschriebenen Förderprogramme waren bis Ende 2019 befristet, werden nun bis 2022 mit reduziertem Ansatz fortgeführt. Seit 2020 unterstützt eine Landes-Engagementstrategie Schleswig-Holstein die Bemühungen in allen Felder der Engagementförderung.

⁸ Da sich die Koordinierungsstelle im Saarland aus verschiedenen finanzierten Projekten zusammensetzt und sich nur auf die Ehrenamtlichen in Saarbrücken und Umland konzentriert und das Saarland zudem von der Größe nicht mit den anderen Bundesländern vergleichbar ist, wird es bei einzelnen Vergleichen ausgeklammert.

Kommunen vernetzt und fachlich weitergebildet. In Thüringen und Sachsen-Anhalt, wo Mischformen der Adressierung von Ehrenamtlichen und Lokalkoordinator*innen genutzt werden, haben auch die Vernetzungsaktivitäten unterschiedlichen Charakter. Es werden gezielt Angebote für die lokalen Partner, aber auch solche für die Ehrenamtlichen selbst entwickelt und umgesetzt. Die Fachpartner in den Landkreisen von Sachsen-Anhalt werden als Multiplikator*innen zu bestimmten Themen sensibilisiert und qualifiziert, so dass sie Aktivitäten selbstverantwortlich weiterführen können. Es geht aber auch darum, in gutem Austausch zu sein, um gemeinsam Standards für Engagement zu formulieren und umzusetzen. In Thüringen gibt es beispielsweise eine jährliche große Veranstaltung, die sich direkt an die fast ausschließlich ehrenamtlich arbeitenden Migrant*innen-Organisationen richtet.

Eine weitere wichtige Aufgabe sind die Fortbildungen und Fachveranstaltungen, die in allen Bundesländern angeboten werden. Diese dienen vor allem der Sicherung der Informationsverbreitung. Dort wo möglich, werden oft die lokalen Strukturen qualifiziert, die ihr Wissen dann entsprechend vor Ort an die Partner und Ehrenamtlichen weitergeben und eigene Veranstaltungen durchführen. In Landkreisen wo keine entsprechenden Strukturen vorhanden sind, wird bspw. in Sachsen-Anhalt die Koordinierungsstelle selbst aktiv und führt auch lokale Aktivitäten durch, möglichst immer mit Partnern vor Ort.

Des Weiteren wird von allen Koordinationsstellen Beratung und Begleitung als ihre Aufgabe verstanden. Darunter fallen Moderationstätigkeiten, z.B. zwischen Hauptamt und Ehrenamt, aber auch Mediation, wenn dies notwendig wird, ebenso wie die Ermittlung von Bedarfen an Informationen und Unterstützung und soweit möglich das Umsetzen von Aktivitäten entlang der ermittelten Bedarfe.

In Thüringen wurde als Handreichung für die Ehrenamtlichen das Buch „Aktiv für Flüchtlinge. Ein Handbuch für Ehrenamtliche in Thüringen“ herausgegeben. Dies bietet als Art Nachschlagewerk Information und Orientierung und vor allem einen guten Überblick über die zentralen Ansprechpartner*innen für verschiedene Bereiche in der Integrationsarbeit. Eine solche Publikation kommt dem Bedarf nahe, den Ehrenamtliche in Rheinland-Pfalz ebenfalls zum Thema Informationsbedarf und zentralen Ansprechpartner*innen nennen⁹. Eine weitere Aktivität, die in Thüringen als Besonderheit auffällt, ist die Durchführung einer eigenen Befragung zur Situation des ehrenamtlichen Engagements in Thüringen. Diese wurde von der Koordinierungsstelle selbst konzipiert und umgesetzt.

Eine Besonderheit der Koordinierungsstelle in Sachsen-Anhalt ist die Verwaltung des Engagement-Fonds des Landes. Der eigens für die Ehrenamtsförderung eingerichtete Fonds dient der Mikroförderung von Aktivitäten in der freiwilligen Integrationsarbeit. Mit Fördersummen von maximal 2500€ pro Antrag können Kostenerstattungen oder die Umsetzung von kleinen Projekten von Ehrenamtsinitiativen gefördert werden. Dies richtet sich ausschließlich an Ehrenamtliche und Initiativen und dient nicht der Kostendeckung von Ausgaben, die Flüchtlinge selbst haben. Eine Förderung dieser Art ist kein geringer Verwaltungsaufwand. Jedoch bietet er die Vorteile, dass durch die Beratung und Unterstützung der Vereine bei der Antragstellung eine gute Begleitung der Aktivitäten vor Ort entsteht. Zudem wird es als Anerkennung der ehrenamtlichen Aktivitäten von

⁹ Siehe Kapitel 6.2.3 Rahmenbedingungen.

Seiten der Politik verstanden. Die Kehrseite eines solchen Instruments ist der Unmut der Ehrenamtlichen und die Beschwerden bei der Ablehnung von Anträgen.

Die Einbindung von Ehrenamtlichen mit Migrationshintergrund wird von allen Koordinierungsstellen als wichtige Aufgabe empfunden. Dafür wird zum einen über Öffentlichkeitsarbeit versucht, Migrant*innen anzusprechen und über ehrenamtliches Engagement zu informieren, in Thüringen bspw. in Form eines Videos, das Formen von (politischer) Teilhabe erläutert und über eine eigene jährliche Veranstaltung für Migrant*innen-Organisationen. Zum anderen begleiten und unterstützen die Koordinierungsstellen Vereine und Initiativen dabei, sich für neuzugewanderte Ehrenamtliche zu öffnen und diese gleichberechtigt einzubinden.

Die umfangreiche Aufgabenstellung der Koordinierungsstellen spiegelt sich in der personellen Aufstellung wieder. In Schleswig-Holstein waren zwei Stellen im Ministerium für die Koordination eingerichtet, in Sachsen-Anhalt sind zwei Projektstellen sowie eine Verwaltungskraft eingesetzt, in Thüringen sind es zwei volle Personalstellen.

6.3.2 Landesweite Koordinierungsstelle Rheinland-Pfalz „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“

Das Land Rheinland-Pfalz richtete zum 01.07.2015 die landesweite Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge in RLP“ ein, mit dem Auftrag „eine Struktur zu schaffen, die die Arbeit ehrenamtlicher Flüchtlingsinitiativen flächendeckend unterstützt und beim Aufbau ehrenamtlicher Strukturen behilflich ist“ (MFFJIV 2015: 4 f.).

In Rheinland-Pfalz wurde der Weg gewählt, die Koordinierungsstelle der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit bei einer Institution anzusiedeln, die sich im Kern als konkrete Lobbyorganisation für Flüchtlinge versteht. Dies scheint in Deutschland ein Sonderweg zu sein. Die ganzheitliche Betrachtung der Bedarfe der Ehrenamtlichen sowie der Flüchtlinge führt in Rheinland-Pfalz zu einer gelungenen Zusammenführung der Arbeitsfelder. Die Fachkenntnisse zu den Bedarfen der Flüchtlinge sind bei der Beratung und Unterstützung der ehrenamtlichen Aktivitäten eine bedeutsame Grundlage. Die Ehrenamtlichen sind dadurch ein Teil des Flüchtlingshilfe-Netzwerks in Rheinland-Pfalz und werden bei Aktivitäten des AK Asyl / Flüchtlingsrates als gleichberechtigte Akteure wahrgenommen. Die Koordinierungsstelle arbeitet als unabhängiges Projekt mit selbständiger Themensetzung und hat sich so mit fachlicher Expertise und Beratungs- und Begleitangeboten bei den Ehrenamtlichen im Land eine zentrale Position erarbeitet.

„Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ richtet sich mit der Aufgabenumsetzung sowohl an Ehrenamtliche direkt als auch an lokale Koordinator*innen und Initiativen oder Vereine. Ziel ist es, Initiativen Hilfestellung für die Weiterentwicklung ihrer Arbeit zu bieten, Ehrenamtliche zu empowern und Beratung und Begleitung zur Umsetzung der ehrenamtlichen Tätigkeiten anzubieten. Sowohl die Beratung als auch die Veranstaltungsformate stehen im Regelfall allen offen und dienen somit auch der Vernetzung zwischen Haupt- und Ehrenamt. Die Koordinierungsstelle ist derzeit mit zwei Stellen zu jeweils 0,5 Vollzeitäquivalenten ausgestattet.

Die landesweite Koordinierungsstelle zur Begleitung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingsarbeit „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ ist bei 42 % der Befragten im Land bekannt. 58 % der Befragten dagegen ist die Koordinierungsstelle noch nicht bekannt. Hier ist noch Potential zur

weiteren Bekanntmachung des Projekts. Wir können jedoch feststellen, dass unter den Personen, denen die Koordinierungsstelle bekannt ist, die große Mehrheit (87 %) ihre Angebote auch nutzt. Dies zeigt deutlich, dass die Angebote der Koordinierungsstelle den ehrenamtlich Aktiven bei der Umsetzung ihrer Tätigkeiten nützlich sind. Die Förderung der Bekanntheit der Stelle würde dazu führen, dass mehr Ehrenamtliche die Chance haben, auf die Angebote des Projekts zurückzugreifen. Dies bringt aber auch eine Zunahme der Anfragen und somit einen erhöhten Ressourcenaufwand mit sich.

Tabelle 6: Nutzung der Angebote der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ durch die Ehrenamtlichen.

Angebote	Absolute Verteilung	Prozentuale Verteilung
Infobrief	136	73
Fachveranstaltungen	67	36
Fortbildungen	57	31
Vernetzungsangebote	43	23
Beratung	29	16
Unterstützung bei Problemen	27	14
Vermittlung von Referent*innen	9	5

Wenig überraschend ist der Infobrief des Projekts als Newsletter an erster Stelle der genutzten Angebote. Von den weniger niedrigschwelligen Angeboten sind mit Fachveranstaltungen, Fortbildungen und Vernetzungsangeboten drei sehr zentrale und fachliche Angebote unter den gut angenommenen Möglichkeiten, die die Koordinierungsstelle zu bieten hat. Betrachtet man die Nutzung der Angebote nach der regionalen Verteilung, wird deutlich, dass im ländlichen Raum und in den Mittelzentren stärker auf die Angebote zurückgegriffen wird als in den Oberzentren. Die Ausnahme sind die Vernetzungsveranstaltungen, die in den Oberzentren häufiger genannt wurden. Die geringere Nutzung der Angebote in den Oberzentren kann unserer Ansicht damit zusammenhängen, dass dort insgesamt ein größeres Angebot an Veranstaltungen zu finden ist, so dass Ehrenamtliche neben den Veranstaltungen der Koordinierungsstelle weitere Alternativen haben, die in anderen Regionen wohl weniger geboten sind.

Tabelle 7: Regionale Verteilung der Angebotsnutzung.

	Infobrief	Vernetzungs- veranstaltungen	Fortbildungen	Fachveranstaltungen
Ländlicher Raum	32 %	10 %	14 %	16 %
Mittelzentren	35 %	4 %	14 %	14 %
Oberzentren	21 %	11 %	9 %	13 %

Die Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ übernimmt vor allem die Aufgaben einer Service- und Beratungsstelle und steht den Ehrenamtlichen mit unbürokratischer Hilfe unterstützend zur Seite. Es handelt sich hier eher weniger um klassische Koordination, da es keine offiziell zugeordneten lokalen (Unter-)Strukturen gibt.

6.3.3 Umsetzung von hauptamtlicher Koordinierung

Wie wir an mehreren Themen festmachen konnten, sind die Kommunen besonders wichtiger Akteur und auch häufiger Adressat von Bedarfen für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer*innen. Dies gilt es auch bei den Fragen der Koordinierung von freiwilligem Engagement in diesem Themenfeld zu beachten. Hamman et al. betrachten unterschiedliche Formen der kommunalen Koordination in der Flüchtlingshilfe und differenzieren drei Formen der Umsetzung.

Bei der Initiativenkoordination übernimmt eine Flüchtlingsinitiative die Aufgabe, wenn es keine anderen Akteure in der Kommune gibt, die sich dem annehmen. Bei der Netzwerk-Koordination gibt es keine zentrale Stelle, sondern mehrere Akteure handeln auf Augenhöhe und verteilen die Koordinationsaufgaben unter sich. Eine zentrale Koordinationsstelle ist hauptamtlich eingerichtet und in der Regel bei der Kommunalverwaltung angesiedelt und hat zur Aufgabe, die verschiedenen Akteure zusammenzubringen und eine Vermittlerrolle zwischen den lokal aktiven Ehrenamtlichen und den Hauptamtlichen in der Kommune einzunehmen. Die Kommunen werden dadurch handlungsfähiger und die Integrationsarbeit kann zielgerichteter und in besserer Abstimmung umgesetzt werden (vgl. Hamman et al. 2016: 9ff.) Die große Bedeutung hauptamtlicher Begleitung von Ehrenamt wird auch in den Interviews mit den Koordinationsstellen mehrfach benannt.

Gute lokale Ehrenamtskoordination bietet zudem Ansatzpunkte für eine übergeordnete landesweite Koordinierungs- oder Vernetzungsarbeit. Dafür ist es wichtig zu wissen, wo im Land lokale Koordinationsstellen eingerichtet sind und mit welchen Aufgaben diese betraut sind. Eine landesweite Übersicht würde der besseren Kooperation zwischen den lokalen Ansprechpartner*innen und der landesweiten Koordinationsstelle zugutekommen.

Derzeit geben nur 56 % der Befragten an, mit lokalen Ehrenamtskoordinator*innen zusammenzuarbeiten. Dies lässt vermuten, dass es zum einen nicht überall Stellen gibt, die diese Funktion ausüben und zum anderen nicht überall das Wissen über diese Koordinator*innen und ihre Aufgaben bekannt sind oder die Zusammenarbeit derzeit nicht oder nicht ausreichend ausgebaut ist. Wie wir dargestellt haben, sind lokale hauptamtliche Strukturen für die Begleitung des Ehrenamts in der Flüchtlingshilfe von großer Bedeutung.

Neben der lokalen Anbindung ist aber auch für die landesweite Koordinierung eine gute Anbindung an die Strukturen und Konzepte der Landesregierung wichtig. So können gemeinsame Ziele in guter Kooperation erreicht werden.

„Wichtig ist auch die gute Rückkopplung zur Politik und Landesverwaltung, um thematisch immer eingebunden zu bleiben.“ (Koordinierungsstelle Schleswig-Holstein)

Eine landesgeförderte Koordinierungsstelle braucht ein gut geschärftes Aufgabenprofil und die Flexibilität, dies an die sich verändernden Gegebenheiten in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe anzupassen, sowie die notwendigen Ressourcen dies umzusetzen und es in den Ehrenamtskreisen gut bekannt zu machen. Möglicherweise ist es sinnvoll auch die Namensgebung dem Profil anzupassen und bspw. eher von einer Begleitungs- und Servicestelle zu sprechen oder wie in Sachsen-Anhalt von einer Netzwerkstelle.

Empfehlungen:

- Die Erstellung einer landesweiten Übersicht über die lokalen Koordinationsstrukturen für Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit könnte die Vernetzung untereinander und die gemeinsame Themensetzung, sowie die Zusammenarbeit mit der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ befördern.
- Es ist notwendig, gemeinsam mit der bestehenden landesweiten Koordinierungsstelle eine regelmäßige gute Abstimmung über die aktuellen Aufgaben zu ermöglichen und sie möglichst eng an die bestehenden Strukturen und Konzepte der Landesregierung anzubinden. Die Aufgaben müssen sich den Bedarfen und Notwendigkeiten in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit anpassen können. Zudem sind ausreichende Ressourcen notwendig, die Angebote landesweit bekannt zu machen und umsetzen zu können. Es kann auch über eine Namensveränderung nachgedacht werden, die dem Aufgabenprofil der Begleitung und Unterstützung stärker Rechnung trägt, bspw. „Netzwerkstelle“ oder „Begleitungs- und Servicestelle“.

7 Fazit

Die Studie zeigt, dass die Szene der Ehrenamtlichen in Rheinland-Pfalz derzeit immer noch sehr gut aufgestellt ist. Es gibt sehr aktive Personen und Initiativen im Feld. Allerdings ist Unterstützung nötig, um die Ehrenamtlichen von Schwierigkeiten zu entlasten und ihnen die Rahmenbedingungen zu bieten, die ein langfristiges Engagement möglich machen. Diese Unterstützung ist sowohl von Landesseite als auch, und im Besonderen, vor Ort in den Kommunen notwendig. Nur so kann das Ehrenamt dauerhaft auf einer guten Basis agieren.

Die großen Vorteile einer aktiven Freiwilligenszene im Flüchtlingsbereich ist, dass diese Strukturen jederzeit aktivierbar sind, wenn es erneut zu einer Erhöhung der Flüchtlingszahlen kommen wird. Zudem sind diese Personen gut in die Themen der Integration Neuzugewanderter eingearbeitet, so dass sie auch einwandernden Fachkräften oder Drittstaatlern in ihrem Ankommensprozess zur Seite stehen können.

Ehrenamt darf nicht dazu dienen, Aufgaben zu übernehmen aus denen sich staatliche Akteure zurückziehen. Es muss freiwillig und unentgeltlich bleiben und so begleitet werden, dass es den Engagierten Spaß macht und nicht als Bürde aufgefasst wird.

Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe sind zu einem großen Teil Personen, die die Gesellschaft mitgestalten wollen, in der sie leben. Sie sind politisch interessiert, engagiert und bereit sich immer wieder einzubringen. Ihr Engagement für Flüchtlinge ist schon für sich ein politisches Statement. In Anbetracht der aktuellen politischen Diskursverschiebung nach rechts, sind dies oft Leute im Land, die durch Positionierung und Handlungen die demokratischen Werte und Einhaltung der Menschenrechte erhalten und verteidigen. Es gilt, sie ernst zu nehmen, einzubinden und zu unterstützen und ihre Leistungen anzuerkennen.

8 Handlungsempfehlungen

Auf der Grundlage der vorliegenden Studie und der quantitativen und qualitativen Ergebnisse können zentrale Aspekte benannt werden, die für die Weiterentwicklung und Ausrichtung der Strategie des Ministeriums für Integration in Rheinland-Pfalz für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe dienlich sein können. Diese im Folgenden als Empfehlungen dargestellten Aspekte sind auf drei strukturellen Ebenen angesiedelt: Der Fachpolitik, der strukturellen Rahmenbedingungen und der Infrastruktur auf Arbeitsebene. Die inhaltliche Herleitung der Empfehlung findet sich in den Einzelkapiteln mit Bezug auf die empirischen Ergebnisse der Studie.

Handlungsempfehlungen auf (fach-)politischer Ebene

- Die politischen Akteure auf lokaler und Landesebene müssen sich klar und proaktiv gegen rechte Haltungen positionieren, um Ehrenamtlichen und v.a. engagierten Neuzuwanderern die notwendige Rückendeckung zu geben. Dafür hat die Landesregierung mit dem Themenschwerpunkt für 2020 „Miteinander Gut Leben“ bereits ein deutliches Zeichen gesetzt.
- Der Fokus auf die Gestaltung der Integrationsarbeit MIT Flüchtlingen statt FÜR Flüchtlinge ist in allen Angeboten der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe mitzudenken. Politische Akteure auf lokaler als auch auf Landesebene sollten kontinuierlich mit ihrer Haltung und ihren Konzepten deutlich machen, dass gleichberechtigte Partizipation stets das Ziel von Integrationsarbeit sein muss. Sie sollten darüber hinaus bewusst Maßnahmen ergreifen, die paternalistische Handlungs- und Denkmuster hinterfragen und abbauen.
- Politische Akteure sollten Ehrenamtliche regelmäßig anhören und sie in den politischen Diskurs einbinden. Dies fördert den Dialog und die Motivation für die freiwillige Arbeit. Gelungene Formate wie der 2019 angebotene Fachtag des Integrationsministeriums sollten fortgesetzt werden.
- Um die Ehrenamtlichen zu entlasten und gleichzeitig die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt zu stärken, ist es notwendig, dass diese voneinander wissen und Zuständigkeiten und Ansprechbarkeit geklärt sind. Von Seiten der Politik könnten zentrale Ansprechpartner benannt und bekannt gemacht werden, die Ehrenamtlichen für verschiedene Themen zur Verfügung stehen. Zudem sollten Informationen zur ehrenamtlichen Arbeit in der Flüchtlingshilfe und zum Integrationsprozess aufbereitet und in verschiedenen Sprachen zur Verfügung gestellt werden.
- Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit des Landes zu den Erfolgen und der Umsetzung von Integrationsarbeit trägt zur Aushandlung von Vorstellungen über zukünftiges Zusammenleben bei und ermöglicht darüber hinaus die Wertschätzung der von Ehrenamtlichen geleisteten Arbeit.
- Es gibt in einigen Bundesländern Bestrebungen, die für Flüchtlinge entwickelten Angebote und Strukturen für weitere Zielgruppen (z.B. weitere migrantische Gruppen oder sozial benachteiligte Menschen im Allgemeinen) zu öffnen und damit auch die Ehrenamtlichen aus der Flüchtlingsarbeit für ein größeres Tätigkeitsfeld zu gewinnen. Für die Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in Rheinland-Pfalz in Richtung einer grundlegenden Integrations- oder Gemeinwesenarbeit erscheint es notwendig zu präzisieren, für welche

Zielgruppen diese Ausweitung vorgesehen ist und welche Strukturen für die Umsetzung notwendig sind. Diese sozialpolitische Frage erfordert eine intensivere Betrachtung als es diese Studie leisten kann.

Stärkung der Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement

- Die Studie zeigt: Es braucht Strukturen vor Ort, die sich der Aufgabe annehmen, die Begegnung von Ehrenamtlichen und den Austausch sicherzustellen. Das unterstützt insbesondere auch das Engagement von Menschen, die außerhalb von Initiativen freiwillig tätig sind. Der Aufbau und/oder die Unterstützung möglichst nachhaltiger Strukturen ist Aufgabe der Landespolitik. Das Programm der Dialogbotschafter diente diesem Ziel, endete jedoch 2019.
- Vermittlungsstellen für Engagement könnten einen stärkeren Fokus auf die Information zur ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit legen. Um auch neuzugewanderte Menschen zu erreichen und für ein Ehrenamtliches Engagement zu gewinnen, braucht es aufsuchende Angebote ohne normativen Druck und insbesondere zugängliche Informationen in verschiedenen Sprachen.
- Es ist zu prüfen, ob die Begleitung der Vereine und Initiativen der Flüchtlingsarbeit bei der Öffnung für neuzugewanderte Engagierte und deren gleichberechtigte Mitarbeit als Thema der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ ausgebaut werden kann.
- Um Synergien zu finden und Ressourcen zu bündeln, kann es sich für lokale Initiativen anbieten, sich über Ideen, Formate, Kooperationsmöglichkeiten und Unterstützungsmöglichkeiten auszutauschen. Das Integrationsministerium könnte über zentrale Austauschveranstaltungen die regionale und institutionenübergreifende Zusammenarbeit initialisieren bzw. stärken.
- Die erfolgreiche bestehende Vernetzungsarbeit für Begegnungsräume sollte weitergeführt werden. Es sollte betrachtet werden, an welchen Stellen Rahmenbedingungen für die Einrichtung und Umsetzung von Begegnungsangeboten verbessert werden können und in welcher Form Informationen für die erfolgreiche Umsetzung angeboten werden können.
- Die Studie zeigt, dass sich die Ehrenamtlichen vor allem durch bürokratische Strukturen und die Zusammenarbeit mit Hauptamtlichen, insbesondere Behördenmitarbeiter*innen, belastet fühlen. Es braucht eine gute Rollenklärung und Erwartungsabstimmung zwischen Haupt- und Ehrenamt, um beiden eine gute und für beide Seiten gewinnbringende Zusammenarbeit zu ermöglichen.
- Die Erstellung einer landesweiten Übersicht über die lokalen Koordinationsstrukturen für Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit könnte die Vernetzung untereinander und die gemeinsame Themensetzung, sowie die Zusammenarbeit mit der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ befördern.
- Es ist notwendig, gemeinsam mit der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ eine regelmäßige gute Abstimmung über die aktuellen Aufgaben zu ermöglichen und sie möglichst eng an die bestehenden Strukturen und Konzepte der Landesregierung anzubinden. Die Aufgaben müssen sich den Bedarfen und Notwendigkeiten in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit anpassen können. Zudem sind ausreichende

Ressourcen notwendig, die Angebote landesweit bekannt zu machen und umsetzen zu können. Es kann auch über eine Namensveränderung nachgedacht werden, die dem Aufgabenprofil der Begleitung und Unterstützung stärker Rechnung trägt, bspw. „Netzwerkstelle“ oder „Begleitungs- und Servicestelle“.

Unbürokratische Infrastruktur etablieren

- Um einen besseren Zugang zu Fördermöglichkeiten für ehrenamtliche Initiativen herzustellen braucht es vor allem unbürokratische Förderung von Kleinstprojekten und Kostenerstattung. Darüber hinaus ist auch die Aufbereitung und Bekanntmachung von bestehenden Fördermöglichkeiten, wie dies jetzt bereits auf der Webseite der Staatskanzlei ([Übersicht zu den Fördermöglichkeiten auf der Website der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz](#)) gestartet wurde, sowie die Beratung der Initiativen bei der Antragstellung notwendig. Auskunft zu Fördermitteln aus dem Integrationsbereich gibt die Webseite des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz unter <https://mffjiv.rlp.de/de/themen/integration/finanzielle-foerderung/projektfoerderung/>
- Es wird angeregt zu prüfen, ob die seit diesem Jahr bestehende Aufgabe der landesweiten Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ Ehrenamtsinitiativen bei der Beantragung von Fördermitteln zu beraten und zu begleiten, ausgebaut werden kann.
- Die Interviews zeigen, dass Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe häufig den Eindruck haben, Aufgaben zu übernehmen, die von staatlicher Seite und nicht durch freiwillig Engagierte umgesetzt werden sollten. Zur realistischen Einschätzung der Situationen vor Ort müsste geprüft werden, inwieweit die Einschätzung fehlender hauptamtlicher Strukturen belegbar ist, und wo lokaler Handlungsbedarf besteht.

9 Quellen

- Aumair, Betina 2012: Empowerment-Rhetorik und Paternalismus, in: Online Magazin von Migrantinnen für alle (2012/1). Verfügbar unter: <http://www.migrazine.at/node/650> (14.01.2019).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (Hrsg.) 2016: Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl, Migration und Integration, Nürnberg: Referat 119 – Statistik.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (Hrsg.) 2019: Aktuelle Zahlen (12/2019).
- Eckes, Christine / Piening, Marie-Theres & Dieckmann, Janine 2019: Literaturanalyse zum Themendreieck ‚Engagementförderung – Demokratiestärkung – Ländlicher Raum‘. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Im Auftrag des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement.
- Hamman, Ulrike / Karakayali, Serhat / Wallis, Mira und Höfler, Leif Jannis 2016: Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen. Qualitative Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Berlin: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.).
- Huth, Susanne 2011: Migration und Integration, in: Thomas Olk und Birger Hartnuß (Hrsg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 439-449.
- Karakayali, Serhat / Kleist, Olaf 2015: EFA-Studie. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland, 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.
- Karakayali, Serhat / Kleist, Olaf 2016: EFA-Studie 2. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland, 2. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.
- Kelle, Udo / Erzberger, Christian 2007: Triangulation in der qualitativen Forschung. Qualitative Forschung: Ein Handbuch, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, 299-308.
- Klie, Thomas / Klie, Anna W. (Hrsg.) 2018: Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht [online]. Wiesbaden: Springer VS.
- Kuckartz, Udo 2015: Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Linnert, Julius / Berg, Tanja 2016: Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten. Forschungsstand zum freiwilligen Engagement mit Geflüchteten unter Aspekten gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Bildung (Working Paper I des Projekts Perspektive Teilhabe), Berlin: Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e. V.
- Mayring, Philipp 2015: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 12. überarbeitete Auflage, Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Ministerium des Innern und für Sport 2008: Landesentwicklungsprogramm (LEP IV). Herausforderungen erkennen. Nachhaltig handeln. Zukunft gestalten, Mainz: Oberste Landesplanungsbehörde Rheinland-Pfalz.

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz (MFFJIV) 2019: Pressemitteilung „Integrationsministerium setzt sich für Neuausrichtung der ehrenamtlichen Integrationsarbeit“, Nr. 156, Pressedienst.

Mutz, Gerd / Costa-Schott, Rosàrio / Hammer, Ines / Layritz, Georgina / Lexhaller, Claudia / Mayer, Michaela / Poryadina, Tatiana / Ragus, Sonja & Wolff, Lisa 2015: Engagement für Flüchtlinge in München [online]. Ergebnisse eines Forschungsprojekts an der Hochschule München in Kooperation mit dem Münchner Forschungsinstitut miss. Forschungsprojekt, Hochschule München.

Netzwerk Bürgerbeteiligung 2016: Netzwerkpuls „Integration braucht Beteiligung-Partizipation und Engagement von und mit Flüchtlingen“.

Speth, Rudolf 2018: Engagiert in neuer Umgebung: Empowerment von geflüchteten Menschen zum Engagement (Reihe Opuscula 108), Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft.

Stiehr, Karin Dr. / Stiehr, Nina 2016: Potentiale von Geflüchteten anerkennen – Soziale Integration durch Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement und Selbstorganisation, Frankfurt am Main: ISIS GmbH – Sozialforschung, Sozialplanung, Politikberatung.

Vey, Judith / Sauer, Madeleine 2017: Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe: Zum Verhältnis von Willkommensinitiativen, staatlicher Regelversorgung und Geflüchteten in Brandenburg. In Geschlossene Gesellschaften, 38. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Vol. 38.

Zick, Andreas / Rumpel, Andrea & Praßer, Thomas 2018: Konflikte im Ehrenamt der Flüchtlingshilfe. Eine Studie zu den Erfahrungen ehrenamtlicher und professioneller Akteure. Institut für interdisziplinäre Gewalt- und Konfliktforschung, Universität Bielefeld.

IMPRESSUM

Erstellt und herausgegeben von:

ism – Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V.
Augustinerstr. 64-66 · 55116 Mainz
www.ism-mainz.de

Autorinnen:

Johanna Diehl, Joëlle Ernst, Catherine Gotschy, Ulrike Pingel

Mainz, den 30.10.2020

Gefördert durch:

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland Pfalz

Gestaltung:

ansicht Kommunikationsagentur, Haike Boller